

Herausgeberin/Redaktion Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz Postfach 6136 3001 Bern Telefon 031 320 35 35 Fax 031 320 35 00 E-Mail gs@fdp-prd.ch Internet www.fdp.ch	Inserate Kretz AG Verlag und Annoncen General Wille-Strasse 147 8706 Feldmeilen Telefon 01 925 50 60 Fax 01 925 50 77 E-Mail fdp.annoncen@kretzag.ch Internet www.kretzag.ch	Layout/Druck NZZ PRINT Postfach 8021 Zürich Telefon 01 258 15 02 Fax 01 258 18 99 ISDN 01 773 11 15 E-Mail print@nzz.ch Internet www.nzzprint.ch
--	---	---

Offizielles Organ der FDP Schweiz.

25. Jahrgang. Erscheint monatlich.

Inhalt

Kandidatenkurse

Diese stehen allen
Kandidierenden offen.

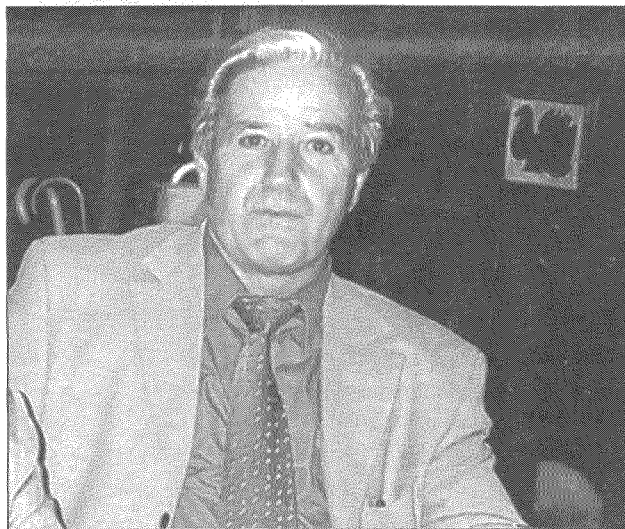
10/11

Zur Armee XXI hat das Volk das letzte Wort

SCHWEIZERISCHE LANDESBIBLIOTHEK
BIBLIOTHÈQUE NATIONALE SUISSE
BIBLIOTECA NAZIONALE SVIZZERA
BIBLIOTECA NAZIUNALA SVIZRA

Referendum gegen die Neukonzeption unserer Armee

An und für sich ist es gut, dass bei einer so grundsätzlichen Reform wie bei Armee XXI vom Bürgerrecht Referendum Gebrauch gemacht wird und das Volk das letzte Wort hat. Wer ein Referendum ergreift oder unterstützt, sollte sich aber gut überlegen, welche Ziele er damit verfolgt und ob eine Volksabstimmung ihm hilft, seine Ziele zu erreichen.



Sowohl von links als auch von rechts werden Unterschriften gesammelt.

Von Karl Tschuppert, FDP-Nationalrat, Ettiswil LU

Unüberlegte Referenden können leicht zu einem Eigentor werden. Die Drahtzieher des Referendums riskieren mit ihrer Aktion geradezu, das zu fördern, was sie eigentlich mit allen Mitteln vermeiden wollen. Sie nehmen bei einem Erfolg an der Urne in Kauf, dass die Armee 95 mit ihren gravierenden Fehlern weiter bestehen wird.

Mängel von Armee 95

Ein wesentlicher Mangel von Armee 95 ist, dass

fähigkeit nicht mehr gewährleistet sei. Art. 58 Abs. 2 der Bundesverfassung lautet: Die Armee verteidigt das Land und seine Bevölkerung. Dass sie das autonom, d.h. allein können muss, steht nirgends geschrieben. Eine Grossmachtarmee in Westentaschenformat ergibt wenig Sinn, denn wir könnten sie gar nicht finanzieren. Unsere neuen Armeebestände haben internationale Vergleiche nicht zu scheuen. Moderne Kriege werden künftig kaum durch die Anzahl Leute, sondern vielmehr durch Waffen und Geräte entschieden. Die Zeit der Massenheere ist vorbei. Dazu kommt, dass ein Angriff auf die Schweiz allein für einen Feind keinen Sinn hat. Wenn schon ein Angriff erfolgen sollte, dann erfolgt er auf (West-) Europa. Die Folge davon ist, dass sich die Schweiz nicht alleine verteidigt. Für den Raumsicherungsauftrag genügt der vorgesehene Armeebestand. Die Reduktion ist deshalb si-

Fortsetzung auf Seite 2



Parteitag Luzern

Über 1200 Freisinnige
im Bild.

12/13

Athina

Polit-Forum für Frauen.

15



Wir müssen handeln

Klare Positionen der
neuen Präsidentin.

16

Anzeige

Innotherm

Öl-Kondensationsheizungen sparen 10% Heizöl.

INNOTHERM

Innotherm AG - Talackerstr. 14 - 8274 Tägerwil
Telefon 071 669 28 82 - Fax 071 669 28 87

Fortsetzung von Seite 1

cherheitspolitisch verantwortbar und wirtschaftlich und finanzpolitisch notwendig.

Die heftige Kritik am neuen Ausbildungskonzept verstehe ich am wenigsten. Die Ausbildung wird mit Armee XXI wesentlich verbessert. Kampftruppen werden für Sicherungs- und Kampfeinsätze ausgebildet. Alle Verbände müssen sich künftig selber bewachen können. Verbands- und Verbundsübungen werden wieder stattfinden. Die RS-Dauer wird verlängert, die Wiederholungskurse reduziert, so dass in den meisten Fällen die Wehrmänner vor dem 30. Altersjahr den gesamten Dienst geleistet haben werden. Also eine milizfreundliche

Lösung. Eine optimale Ausbildung bedingt aber Berufs- und Zeitmilitär sowie Milizkader, die ihr Metier beherrschen. Auch in der neuen Armee XXI werden wie bisher Milizkader für die Ausbildung eingesetzt. Dass Berufs- und Zeitmilitär Milizkader entlasten, macht eine Milizarmee attraktiv.

Auch die Kritik an der abgestuften Bereitschaft ist fehl am Platz. Die Erfahrungen von 1998/1999 (Botschaftsbewachungen) zeigten, dass präventive Massnahmen allein mit WK-Verbänden auf Schwierigkeiten stossen. Man kann und darf Milizwehrmänner nur in ausserordentlichen Lagen unangemeldet vom Arbeitsplatz abberufen. Mit dem Durchdienersystem wird das Pro-

blem gelöst. Es werden dann zu jeder Zeit Durchdiener für subsidiäre Sicherheitseinsätze und Katastrophenhilfe sofort zur Verfügung stehen. Der Einwand, sie würden sich aus Altersgründen dazu schlecht eignen, sticht nicht. Sie werden nie alleine, sondern zusammen mit erfahrenen Berufs- oder Milizsoldaten eingesetzt. Auch der Einwand, damit werde die Miliz – mangels Ernstfalleinsätzen – zweitrangig, ist nicht stichhaltig. Die Zahl der Durchdiener ist nämlich auf 15% des Armeebestandes limitiert.

Milizsystem

Auch die neue Armee ist eine Milizarmee. Das Milizsystem steht und fällt aber mit der Akzeptanz

durch Gesellschaft, Wirtschaft und Dienstleistenden sowie der Bereitschaft, Kaderfunktionen zu übernehmen beziehungsweise gutzuheissen. Das bedingt andererseits aber auch, dass die Ausbildungsdauer und deren Inhalt (RS + WK) jederzeit einleuchten müssen. Da besteht ein gewisses Dilemma zwischen der gesellschaftlichen Akzeptanz einerseits und der militärischen Notwendigkeit andererseits. Das ist auch der Grund, weshalb im Parlament über die RS-Dauer heftig debattiert wurde. Eine Milizarmee muss deshalb die Ausbildung so gut als möglich auf Einsätze gemäss Eintretenswahrscheinlichkeit ausrichten und die Wehrmänner/-frauen mit ent-

sprechender Ausrüstung und Bewaffnung bestücken.

Fazit

Für mich (FDP) ist die Armee XXI eine logische und verantwortbare Antwort auf die sicherheitspolitische Bedrohung. Die Grundrichtung stimmt. Weder eine Grossmachtarmee noch eine Miliz-Militärpolizei sind für mich (FDP) taugliche Alternativen. Denken wir daran: Armee XXI ist kein Endprodukt, sie ist nicht in Stein gemeisselt. Sie wird auf Antrag von Bundesrat und Armeespitze vom Parlament periodisch der Lage und neuen Erkenntnissen angepasst werden müssen. Das garantiert der Controlling-Artikel 149b im neuen Militärgesetz. ■

Geschäftsführer der FDP Kanton Zürich

Who's who?

Konrad Hurni

Geburtsdatum:

1. Juni 1963

Beruf:

Dr. oec. HSG

Bürgerort:

Fräschels FR

Zivilstand:

in Partnerschaft mit Freundin

Ausbildung/Tätigkeit:

- Wirtschaftsgymnasium Biel, Universität St. Gallen – Wirtschaftswissenschaften – Promotion (Dr. oec. HSG) zu Kapitalmarkttheorien
- Fachvorstand für Wirtschaftsfächer am Wirtschaftsgymnasium der Schweizerschule in Rom
- Geschäftsführer zweier Holdinggesellschaften in der Bauindustrie in Leipzig
- Finanzchef des Stammhauses und später der weltweit aktiven Gruppe einer Zürcher Industriegesellschaft
- Firmengründer einer Finanzgesellschaft im Bereich Unternehmensfinanzierung und -beratung, weiterhin tätig als Verwaltungsrat



FDP in guter Laune

Im Zentrum des Fraktionssessens stand Bundespräsident Pascal Couchepin

Zum traditionellen Fraktionssessen trafen sich die beiden Bundesräte mit Gattinnen, die Mitglieder der FDP-Frak-

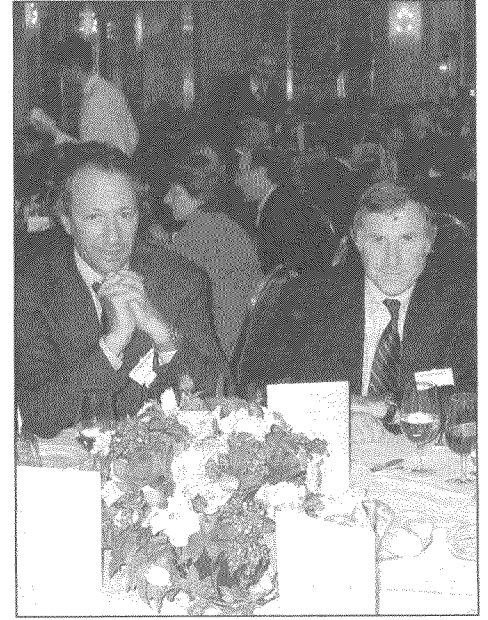
tion mit Freunden aus den eidgenössischen Gerichten und der Bundesverwaltung.



Bundespräsident Pascal Couchepin während seiner launigen Ansprache.



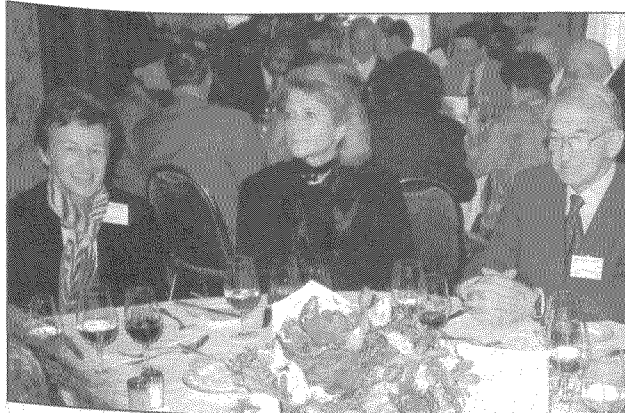
... mit Bundeskanzlerin Marianne Huber und Nationalrat Felix Gutzwiller ...



... mit dem ehemaligen Generalsekretär Christian Kauter ...



In lockerer Zusammensetzung rückten die Gäste zu Tisch. Mit Bundesrat Kaspar Villiger und seiner Gattin ...



... mit der Zürcher Nationalrätin Trix Heberlein ...



... mit Bundespräsident Couchepin und Gattin.

Bilder rus

Für eine massvolle Verstärkung der Volksrechte

Minireform enthält unbestrittene Elemente

Die eidgenössischen Räte haben sich schon seit 1996 im Zusammenhang mit der Totalrevision der Bundesverfassung mit dem Reformpake «Volksrechte» befasst. Eine erste Vorlage scheiterte 1999 bereits in der Eintretensdebatte. Grund dafür war in erster Linie wohl die vorgesehene Erhöhung der für die Einreichung von Volksbegehren notwendigen Unterschriftenzahlen. Mit einer parlamentarischen Initiative wollte dagegen der Ständerat 1999 einzelne unbestrittene Elemente der gescheiterten Vorlage retten. Daraus ist die nun zur Abstimmung gelangende sinnvolle Minireform der Volksrechte entstanden.

Von Peter Briner,
Ständerat, SH

Vordiesem Hintergrund galt es, sich auf die mehrheitsfähigen Vorschläge des ursprünglichen Reformpaketes zu konzentrieren. Eine Erhöhung der Unterschriftenzahlen für Initiativen und Referenden stand diesmal nicht mehr ernsthaft zur Debatte. Die heutige Vorlage beschränkt sich im Wesentlichen auf drei Verbesserungen.

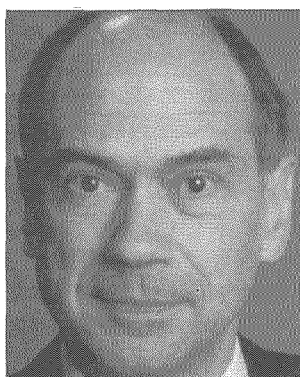
Neues Instrument: die «allgemeine Volksinitiative»

Mit der allgemeinen Volksinitiative können neu 100 000 Stimmberechtigte in Form einer allgemeinen Anregung eine Verfassungs- oder Gesetzesänderung verlangen. Damit wird der Mangel der fehlenden Gestaltungsmög-

lichkeit unterhalb der Verfassungsstufe behoben. Den Initianten gestattet dies, ein Anliegen zu formulieren, ohne konkrete

« Mit der allgemeinen Volksinitiative können neu 100 000 Stimmberechtigte in Form einer allgemeinen Anregung eine Verfassungs- oder Gesetzesänderung verlangen. »

Normtexte ausarbeiten zu müssen. Dies erlaubt auch Gruppierungen, die nicht über das nötige Expertenwissen verfügen, ihre Anliegen einzubringen. Im Parlament kann dann entschieden werden, auf welcher Stufe das Begehren anzusiedeln ist, ob auf Gesetzes- oder Verfassungsebene. Wir erreichen damit eine stufengerechte Gesetzgebung und entlasten unsere Bundesverfassung von Bestimmungen, die nicht hier hingehören (zum Beispiel: Höchstgeschwindigkeiten).



Peter Briner

Mitsprache bei Staatsverträgen

Unser innerstaatliches Recht wird immer häufiger von Völkerrecht und durch Staatsverträge geprägt. Die Stimmberechtigten können sich bis jetzt jedoch dazu nicht in gleicher Masse äussern wie zum Landesrecht. Neu sollen völkerrechtliche Verträge, die wichtige rechtsetzende Bestimmungen enthalten oder deren Umsetzung den Erlass von Bundesgesetzen erfordert, dem fakultativen Referendum unterstellt sein. – Eine klare Verbesserung der demokratischen Partizipation!

Gegen paradoxe Abstimmungsergebnisse

Bei Abstimmungen über Initiativen mit Gegenvorschlag kann es nach heuti-

gem Recht zur folgenden Situation kommen: Sowohl die Initiative wie der Gegenvorschlag werden angenommen. Bei der Stichfrage findet die eine Vorlage das Volksmehr, die andere das Ständemehr. In diesem Fall gelten heute beide Vorlagen als abgelehnt, obschon das Volk sich grundsätzlich für eine Veränderung ausgesprochen hat. Diese widersinnige und kaum beabsichtigte Regelung wird korrigiert. Mit der vorgeschlagenen Lösung würde jene Vorlage in Kraft treten, bei welcher der prozentuale Anteil der Volks- bzw. der Standesstimmen in der Stichfrage höher ist. Aus kantonaler Optik wäre die Einführung einer Kantonsinitiative, wie dies vom

« Neu sollen völkerrechtliche Verträge, die wichtige rechtsetzende Bestimmungen enthalten oder deren Umsetzung den Erlass von Bundesgesetzen erfordert, dem fakultativen Referendum unterstellt sein. »

Ständerat unterstützt worden ist, im Rahmen dieses Reformpaketes zu begrüssen gewesen. Dieses föderale Anliegen musste im Rahmen der Gesetzesbereinigung zwischen den beiden Kammern fallen gelassen werden.

Gesamthaft gesehen handelt es sich bei dieser Minireform um eine massvolle Vorlage. An den Unterschriftenzahlen wird nicht gerüttelt. Die Volksrechte werden gezielt verstärkt. Sachliche Gründe, die dagegen sprechen, sind kaum auszumachen!

Impressum

Schweizer Freisinn

25. Jahrgang

Erscheint monatlich in einer beglaubigten Auflage von 70 800 Exemplaren.

Herausgeberin/Redaktion

Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz
Redaktion: Ruedi Schläpfer (rus). Für die Kantonsseiten die jeweilige Kantonalpartei.

Postfach 6136, 3001 Bern
Telefon 031 320 35 35
Fax 031 320 35 00

E-Mail schlaepfer@fdp.ch

Internet www.fdp.ch

Inserate

Kretz AG
Verlag und Annoncen
General Wille-Strasse 147
8706 Feldmeilen
Telefon 01 925 50 60
Fax 01 925 50 77

E-Mail fdp.annoncen@kretzag.ch

Internet www.kretzag.ch

Layout/Druck

NZZ PRINT
Postfach, 8021 Zürich
Telefon 01 258 15 02
Fax 01 258 18 99

ISDN 01 773 11 15
(alle Protokolle)

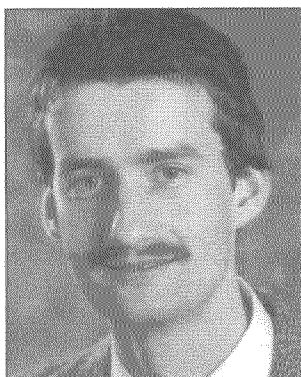
E-Mail print@nzz.ch

Internet www.nzzprint.ch

Die grandioseste Lüge des Jahres 2003

SVP und «Schweizer Qualität»

Es zog einmal einer aus, der hatte Grosses vor, er wollte, aus welchen Gründen auch immer, etwas seit langem in der Schweiz Unbekanntes schaffen, nämlich eine überaus mächtige Partei: Auf 30% bis 40% oder sogar mehr der Stimmenden sollte sie kommen.



Andreas Müller

Von Andreas Müller, Leiter Polit. Sekretariat FDP

Er sah, wenn er die zukünftigen politischen Probleme betrachtete, realistischerweise graue Wolken vor sich: Er sah die demografische Falle, die die sozialen Ausgaben auch mit Sparübungen ins Uferlose treiben würden, was fast notwendigerweise eine höhere Staats- und Fiskalquote als Konsequenz haben musste. Er sah die europäische Herausforderung, die ein teilweise schmerzhafter Abschied von Gewohnheiten verursachen musste. Er sah die globalisierte Welt, die notwendigerweise mittelfristig Heerscharen von Ausländern auch in die Schweiz bringen würde. Kurzum: Er sah, dass auch bei bester Politik, im Jahre 2010 die fiskalischen Abgaben (inkl. Prämien) grösser sein mussten oder auch dass der Ausländeranteil notgedrungen höher sein würde als heute. Er begriff, der Schweiz stand ein schwieriges Jahrzehnt ohne Lorbeeren bevor. Er wusste gleichzeitig, dass seit lan-

gem in der schweizerischen politischen Landschaft typisch schweizerische ungeschriebene Gesetze der politischen Kultur galten. Zu diesen schweizerischen Qualitätszeichen gehörte, dass automatisch jede grosse Partei sich als verantwortungsvolle Regierungspartei betrachtete, die auch bereit war, für das Volkwohl Kompromisse einzugehen, auch wenn das rein parteipolitisch manchmal nicht von grösstem Interesse war oder nicht der reinen politischen eigenen Lehre entsprechen konnte. Da hatte er die geniale Idee: Er sah genau die Marktlücke. Die Konsequenz war für ihn klar. Wenn er sein Ziel einer unschweizerisch grossen Partei verwirklichen wollte, musste er sich die folgende bisher «unschweizerische» Strategie zulegen:

1. Ich profitiere gegenüber den andern Parteien, wenn ich die schweizerische Art des Politisierens verlasse, d.h. im Zweifelsfalle kommt bei mir nicht Volkwohl vor Parteiwohl, sondern Parteiwohl vor Volks-

wohl. Eine solche Strategie bringt mir schnell mehr Wählerstimmen als für die andern, da die andern Parteien nur schwerlich ihr eigenes Selbstverständnis des Politisierens ändern können.

2. Da ja die mittelfristig orientierte politische Analyse klar macht, dass notgedrungen immer mehr unpopuläre Massnahmen, welcher Art auch immer, anstehen, überlasse ich die dreckige Regierungsverantwortung den andern. So kann ich kritisieren und die wachsende Schar der Unzufriedenen abholen.

3. Um diese Schar der Unzufriedenen noch zu erhöhen, verfolge ich in der Praxis eine Politik, die die Probleme zwar ständig thematisiert, die Lösung der Probleme aber hinauschiebt, da ja sonst die Regierungsparteien profitieren. Dazu habe ich die Mittel des Parlaments und der direkten Demokratie.

4. Und nun das Genialste und der Hauptpunkt meines Plans: Die Priorität meines Handelns muss die Vernebelung der vorherigen drei ersten Punkte sein. Das kann nur so ausgehen:

- a. Ich verkünde, dass ich das Kleinräumige liebe, alles Grosse lehne ich ab. So lenke ich von meinem «Grosspartei-Plan» ab.

- b. Ich tue ständig so, als ob ich eigentlich die Regierungsverantwortung möchte, da für den Durchschnittsschweizer der Tabubruch einer willentlich in der Opposition stehenden

Grosspartei zu ungewohnt ist. Gleichzeitig verwedle ich so, dass für mich eigentlich das Parteiwohl sowieso vor dem Volkwohl kommt. Hierzu lohnt es sich zusätzlich für mich besonders, bei meinen politischen Argumentationen mich ständig auf das Volk zu berufen, so bleibt dieses Primärziel (Parteiwohl vor Volkwohl) definitiv verdunkelt.

- c. Thematisch muss ich mich hierzu folgendermassen festlegen: Ich lehne die eigentlich notwendige Öffnung gegenüber dem Ausland, insbesondere der EU, ab. Denn hier kann ich den Strang «Kleinräumiges gegen Grossgeklotztes» ideal durchziehen und mich zusätzlich ständig auf das Volk berufen. Des Weiteren bin ich für die mittelfristig unerreichbare Verringerung der Ausländerquote und für eine ebenfalls unerreichbare massive Verringerung der Staats- und Fiskalquote. So habe ich ständig das Monopol dieser beiden populären Themen, da ja die Regierungsparteien angesichts der mittelfristigen Aussichten hier nur bedingt Erfolge vorweisen können.

- d. Ich erhöhe die Demographiefalle, indem ich etwa gegen die Unterstützung der ausserfamiliären Kinderbetreuung kämpfe und gleichzeitig die jungen Ausländer wegschicken will. Gleichzeitig bin ich gegen Leistungsabbau bei der AHV, was somit höhere Abgaben und eine höhere Staatsquote verlangt, die

ich ja dann als Oppositionspartei vehement bekämpfen kann.

- e. Punkt c und d verringern das mögliche Wachstum in der Schweiz, was wiederum sämtliche Probleme verschärft, was wiederum den Regierungsparteien Probleme schafft.

- f. Voilà, schon fast geschafft, es kann nur gutgehen.

Ein Blick auf die Wahlplattform bestätigt:

1. Der Wählerauftrag der SVP steht zuoberst. Die SVP kann leider (es kommen einem fast die Tränen) keinerlei Kompromisse eingehen, die dem widersprechen (siehe: «Parteiwohl vor Volkwohl»).

2. Die Exponenten der SVP erklären ständig, dass sie sich bei den nächsten Wahlen nur halten wollen oder höchstens leicht zulegen können (siehe: «Grossparteiplan vernebeln»).

3. Die SVP ist zufällig für eine Verkleinerung des Ausländeranteils, gegen die Öffnung gegenüber der EU, für die massive Verringerung der Fiskal- und Staatsquote und gegen die Unterstützung der ausserfamiliären Kinderbetreuung (siehe: thematische Erfordernisse).

Und wie nennt die SVP diese so unschweizerische Strategie, die alle Qualitäten der bisherigen typisch schweizerischen politischen Kultur vermissen lässt? «Schweizer Qualität».

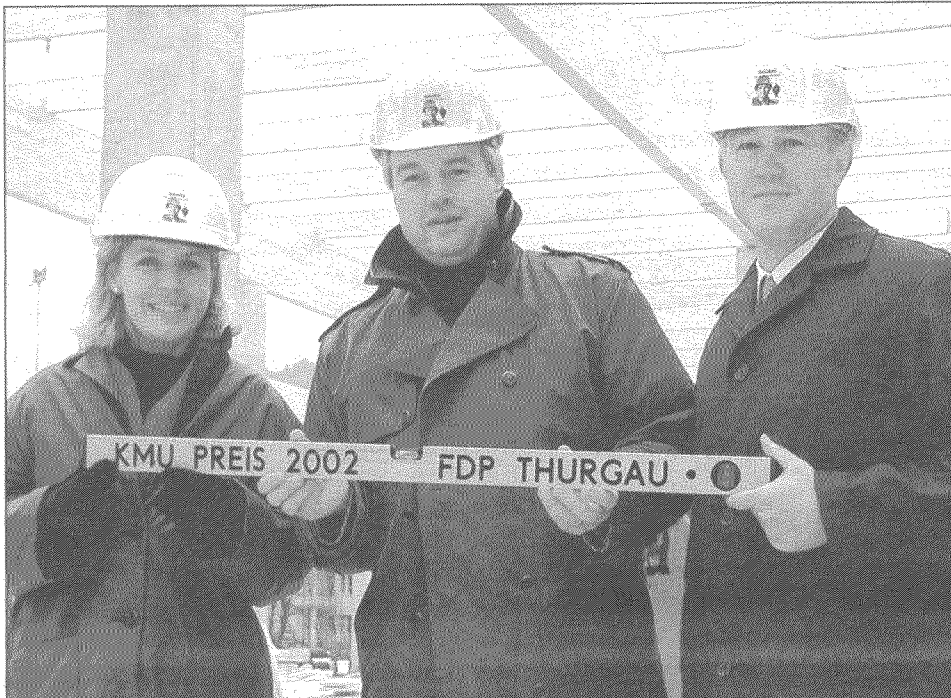
Wer merkt etwas? ■

KMU-Preis für Milizler aus der Wirtschaft

FDP Thurgau verlieh den 5. KMU-Preis an Alfred Müller

Auch die freiwillig geleistete Milizarbeit müsse professionellen Ansprüchen genügen und dulde keine Halbheiten. Das sagt Alfred Müller, Verwaltungsratspräsident der Stutz AG, die den KMU-Preis 2002 der FDP Thurgau verliehen bekam.

Schönenberg TG. Es ist der Einsatz in und für die Öffentlichkeit, der trotz zunehmendem wirtschaftlichem Druck bei der Firma Stutz immer noch gross geschrieben werde und im Firmenleitbild ausdrücklich erwähnt sei, die dem 125-jährigen Unternehmen den fünften KMU-Preis der FDP Thurgau einträgt. Ziel des Symbolpreises ist laut Parteipräsidentin Gabi Badertscher, die Zusammenarbeit von Wirtschaft und Politik zu verbessern. Dieses Jahr steht der Preis besonders im Zeichen der Milizarbeit. Und die wird in der Firma Stutz nicht allein vom Verwaltungsratspräsidenten Alfred Müller geleistet, der sich in der Politik, im Bildungswesen und im Militär eingesetzt hat und sich noch einsetzt. Von den 250 Beschäftigten der Firmengruppe sind viele, die neben der täglichen Arbeit einen – von der Firmenleitung gutgeheissenen – Beitrag zum Gemeinwohl leisten, sei es im Kantonsparlament, in Gemeinderäten, in Schulbehörden, Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen und in Vereins- und Parteivor-



Auf der «Baustelle des Erfolgs» der Interpars in Schönenberg an der Thur: FDP-Präsidentin Gabi Badertscher, Unternehmer Alfred Müller und Peter Schütz, Vorsteher der FDP-Wirtschaftsgruppe und Parteileitungsmitglied.

ständen. Zur Feier des Tages gab es am Ort der Preisübergabe, auf der Baustelle bei der Interpars in Schönenberg, für die Mitarbeitenden eine halbe Stunde länger Mittagszeit und ein Mittag am Apéro.

Drei Punkte zur Arbeitsqualität

Zur bemerkenswerten Aufzählung, die Peter Schütz als Laudator zum Engagement Müllers abgab, bemerkte dieser, dass alles gestaffelt geschah. Denn um die qualitativen Anforderungen zu erfüllen («für Milizarbeit gelten die gleichen Qualitätsansprüche wie in unserer beruflichen Arbeit»), sei eine Konzentration auf eine, maximal zwei Tätigkeiten anzustreben. Es sei keine Sessel-

kleberei zu betreiben, sondern es seien die Chargen rechtzeitig zu übergeben. Und drittens gebe es keine Delegation der Verantwortung, sondern nur die persönliche Erfüllung der Mi-

lizaufgaben. «Wem dieses unser Land etwas bedeutet, soll zu dessen Wohl etwas leisten. Und zwar egal, welcher Partei er oder sie angehört», sagte Alfred Müller. Der direkte Nutzen

nebenamtlichen Engagements für die Firma werde in der Regel überschätzt oder nur ungenügend mit den Nachteilen aufgewogen. Andererseits sei der indirekte Nutzen für die Firma gross, weil die Persönlichkeitsentwicklung von Mitarbeitern gefördert und der Horizont über die Bauwelt hinaus gefördert werde.

Gegen übertriebene Kritik

Es gab in der jungen Vergangenheit aber auch viel Kritik an der Verbindung von Wirtschaft und Politik. «Es ist jetzt an der Zeit, dass die Gesellschaft wieder einmal differenzierter beurteilt und die Arbeit für die Öffentlichkeit honoriert», sagte Peter Schütz. Nach seiner Auffassung müsse die FDP, die privilegiert sei, eine gute und gescheite Wirtschaftspolitik zu betreiben, zur Ämterkumulation stehen. Sie gebe die Symbiose von beruflichem Know-how und der Arbeit für die Öffentlichkeit. Auch für Gabi Badertscher kann es nicht sein, dass «die Wirtschaft und insbesondere die kleinen und mittleren Unternehmen, die der Lebensnerv unseres Staates sind, zum Buhmann verkommt». Die KMU übernehmen die hundertprozentige Verantwortung auch in schlechten Zeiten. Mit der Verleihung des Thurgauer FDP-Preises ist die Stutz AG auch für den «KMU-Oscar» der Schweizer FDP nominiert.



Preisträger Alfred Müller bedankt sich in den Räumen der Stutz AG für die Ehrung.

Starker Aufmarsch der Kantonalsekretäre

Das Interesse der Kantonalsekretäre zeigt, dass alle die Wahlen gewinnen wollen

Je näher die Wahlen für den National- und Ständerat kommen, umso intensiver arbeiten die Kantonalparteien mit ihren Kantonalsekretären.



Andreas Müller vom Generalsekretariat ist nicht nur Manager für die Aktion «KMU-Oscar», sondern ist auch bemüht, alles zu unternehmen, das nötige Geld für einen gelungenen Wahlkampf einzutreiben. Anlässlich der Sekretärenkonferenz präsentierte er eine Aktion, wie sie Nationalrat Peter Weigelt bereits auf anderer Ebene erfolgreich durchführte.



Nicht nur die Präsidentin der FDP Frauen Schweiz, Regierungsrätin Marianne Dürst, sondern auch die Kantonalsekretärinnen haben erkannt, dass jene, die Wahlen gewinnen wollen, sich warm anziehen müssen.



Obwohl die Kantonalsekretärinnen und -Sekretäre sich während der ordentlichen Sitzung engagiert beteiligten, hängte ein Teil dieses Gremiums noch eine zusätzliche Stunde unter dem Titel «Gedankenaustausch» an.

Bilder rus

Who's who?

Christina Grunder

Geburtsdatum:
29. Mai 1981

Bürgerort:
Rüti bei Lyssach

Wohnort: Bern

Zivilstand: ledig

Hobbys: Lesen, Musik, tanzen, reiten, Squash spielen

Ausbildung/Tätigkeit:

1988–1992 Primarschule Länggasse
1992–1994 Sekundarschule Länggasse
1994–1996 Untergymnasium Neufeld
1996–1999 Literargymnasium Neufeld
1999–2002 Berufsausbildung WMB
Seit 1998 Mitarbeit als Redaktorin beim «Länggass-Blatt»

Meine Tätigkeiten im GS:

Administratives Sekretariat



Gut besuchter «Point de presse»



Couchepin ging auf die verschiedensten Fragen ein

Gut gelaunt beantwortete der Bundespräsident Fragen des Journalisten und des Publikums. Von Pascal Couchepin wurden Fragen, welche das EVD und das EDI betrafen, kompetent beantwortet.

Bundespräsident Pascal Couchepin gab selbst auf die kniffligsten Fragen Antwort und scheute sich nicht, auch auf Fragen, die mit einem Irak-Krieg im Zusammenhang stehen, einzugehen.



Zu welchem Thema sich der Zürcher Kantonsrat und Mitglied der FDP-Geschäftsleitung, Ruedi Noser, die St. Galler Ständerätin Erika Forster und der Tessiner FDP-Fraktionspräsident Fulvio Pelli mit dem Bundespräsidenten unterhalten haben, konnte aus der nötigen Distanz nicht in Erfahrung gebracht werden.



FDP-Fraktionspräsident Fulvio Pelli dürfte sich nach dem interessanten «Point de presse» mit Bundespräsident Couchepin, bestimmt auch über die bevorstehende Wahl der neuen FDP-Präsidentin unterhalten haben.



Alle Antworten Couchepins kamen so präzise und umfassend, dass aus dem Publikum kaum nachgehakt werden musste.

Bilder rus

Wie gewinne ich Wahlen ?

Wahlkampfkurse für Kandidierende auf allen Stufen

Die FDP Schweiz bietet Wahlkampfkurse für Kandidierende an. Es wird empfohlen, zwei Tageskurse zu besuchen.

Der Tageskurs I «Wie gewinne ich? – Wahlkampfkurs für Kandidierende» informiert über die Wahlkampfthemen unserer Partei, be-

fähigt zum Organisieren eines persönlichen Wahlkampfs, vermittelt Kenntnisse zur Arbeit mit einer persönlichen Homepage sowie zur Arbeit mit den Printmedien.

Der Tageskurs I wird von der FDP Schweiz organisiert. Es werden drei entsprechende Kurse mit ca. 18 Teilnehmenden angeboten. Es

sind folgende Kursdaten vorgesehen:

28./29. März 03 in Olten

2./3. Mai 03 in Pfäffikon

27./28. Juni 03 in Thun

Jeweils Freitagmittag bis Samstagmittag.

Die Kurskosten betragen Fr. 120.–.

Die Übernachtung ist selbständig

zu organisieren.

Wir hoffen, dass das Kursangebot genutzt wird, und freuen uns, unsere Kandidatinnen und Kandidaten an den Ausbildungskursen begrüssen zu dürfen.

Generalsekretariat FDP
Schweiz
Der Generalsekretär
Guido Schommer

Tageskurs I vom 28./29. März 2003

Kursort: Best Western, Hotel Arte

4600 Olten

Riggenbachstrasse 10

Tel. 062 286 68 00, Fax 062 286 68 10

Home www.konferenzhotel.ch

Übernachtung (Bitte selbständig buchen)

Freitag, 28. März 2003

Ausbildungsmodul	Dauer/Zeit	Referenten
Eintreffen	ab 13h30	Teilnehmende individuell
Begrüssung und Einführung (Ziele, Ablauf, Organisation)	10' 14h30-14h40	Bruno Henggi, Fraktionssekretär
Wahlkampfplattform FDP	20' 14h40-15h00	Guido Schommer, Generalsekretär
Schwerpunktthema Sicherheit im Alltag Präsentation Fragen/Diskussion	45' 15h00-15h45	Angefragt
Medienarbeit Zeitung Arbeitsweise Redaktion, Wie komme ich in die Zeitung?, Leserbrief/Zeitungsartikel schreiben	45' 15h45-16h30	Ruedi Schläpfer, Redaktor Freisinn
Pause	30' 16h30-17h00	
Medienarbeit Zeitung Arbeitsweise Redaktion, Wie komme ich in die Zeitung?, Leserbrief/Artikel schreiben	45' 17h00-17h45	Ruedi Schläpfer, Redaktor Freisinn
Schwerpunktthema Wachstum Präsentation Fragen/Diskussion	45' 17h45-18h30	NR / SR Angefragt
Pause	18h30-18h45	
Schwerpunktthema Gesundheits- und Sozialpolitik Präsentation Fragen/Diskussion	45' 18h45-19h30	NR Felix Gutzwiller
Apéro und gemeinsames Nachtessen im Beisein von	ab 19h30	NR Felix Gutzwiller

Samstag 29. März 2003

Ausbildungsmodul	Dauer/Zeit	Referenten
Persönliche Homepage	60' 08h30-09h30	NR Weigelt angefragt
Pause	15' 09h30-09h45	
Organisation Persönlicher Wahlkampf	60' 09h45-10h45	Hannes Treier, Wahlkampfleiter FDP BE
Pause	15' 10h45-11h00	
Meine Erfahrung im persönlichen Wahlkampf Panelgespräch/Diskussion	45' 11h00-11h45	Hannes Treier, Wahlkampfleiter FDP BE Panel (2 NR/SR) Angefragt
Schluss des Seminars	15'	Bruno Henggi, Fraktionssekretär

Anmeldeschluss für diesen Kurs: 14. März 2003

Tageskurs I vom 2./3. Mai 2003

Kursort: Seedamm Plaza, 8808 Pfäffikon

Seedammstrasse 3

Tel. 055 417 17 17

Fax: 055 417 17 18

E-mail: seedamm.plaza@seedamm-plaza.ch

Übernachtung (bitte selbständig buchen)

Freitag, 2. Mai 2003

Ausbildungsmodul	Dauer/Zeit	Referenten
Eintreffen	ab 13h30	Teilnehmende individuell
Begrüssung und Einführung (Ziele, Ablauf, Organisation)	10' 14h00-14h10	Bruno Henggi, Fraktionssekretär
Wahlkampfplattform FDP	20' 14h10-14h30	Guido Schommer, Generalsekretär
Schwerpunktthema Sicherheit im Alltag Präsentation Fragen/Diskussion	45' 14h30-15h15	Angefragt

Organisation Persönlicher Wahlkampf	60' 15h15-16h15	Hannes Treier, Wahlkampfleiter FDP BE
Pause	30' 16h15-16h45	
Meine Erfahrung im persönlichen Wahlkampf	45' 16h45-17h30	Hannes Treier, Wahlkampfleiter FDP BE NR Maya Lalive d'Epina Panel (2 Parlamentarier angefragt)
Panelgespräch/Diskussion		Angefragt
Schwerpunktthema Wachstum	45' 17h30-18h15	
Präsentation		
Fragen/Diskussion		
Pause	18h15-18h30	
Schwerpunktthema Gesundheits-/Sozialpolitik	45' 18h30-19h15	NR Trix Heberlein
Präsentation		
Fragen/Diskussion		
Apéro und gemeinsames Nachtessen im Beisein von	ab 19h45	NR Trix Heberlein

Samstag, 3. Mai 2003

Ausbildungsmodul	Dauer/Zeit	Referenten
Persönliche Homepage	60' 08h30-09h30	NR Weigelt angefragt
Pause	15' 09h30-09h45	
Medienarbeit Zeitung	60' 09h45-10h45	Ruedi Schläpfer, Redaktor Freisinn
Arbeitsweise Redaktion, Wie komme ich in die Zeitung?, Leserbrief/Artikel schreiben		
Pause	15' 10h45-11h00	
Medienarbeit Zeitung	45' 11h00-11h45	Ruedi Schläpfer, Redaktor Freisinn
Arbeitsweise Redaktion, Wie komme ich in die Zeitung?, Leserbrief/Artikel schreiben		
Schluss des Seminars	15' 11h45-12h00	Bruno Henggi, Fraktionssekretär
Auswertung		

Anmeldefrist für diesen Kurs: 17. April 2003

Tageskurs I vom 27./28. Juni 2003

Kursort: Hotel Seepark, 3602 Thun

Seestrasse 47

Tel. 033 226 12 12

Fax: 033 226 15 10

E-Mail info@seepark.ch

Home www.seepark.ch

Nachtessen Hotel Seepark

Übernachtung (bitte selbständig buchen)

Freitag, 27. Juni 2003

Ausbildungsmodul	Dauer/Zeit	Referenten
Eintreffen	ab 13h30	Teilnehmende individuell
Begrüssung und Einführung (Ziele, Ablauf, Organisation)	10' 14h00-14h10	Bruno Henggi, Fraktionssekretär
Wahlkampfplattform FDP	20' 14h10-14h30	Guido Schommer, Generalsekretär
Schwerpunktthema Sicherheit im Alltag	45' 14h30-15h15	NR Kurt Wasserfallen
Präsentation		
Fragen/Diskussion		
Schwerpunktthema Gesundheits-/Sozialpolitik	45' 15h15-16h00	NR Trix Heberlein
Präsentation		
Fragen/Diskussion		
Pause	30' 16h00-16h30	

Medienarbeit Zeitung	45' 16h30-17h15	Ruedi Schläpfer, Redaktor Freisinn
Arbeitsweise Redaktion, Wie komme ich in die Zeitung?, Leserbrief/Artikel schreiben		
Medienarbeit Zeitung	45' 17h15-18h00	Ruedi Schläpfer, Redaktor Freisinn
Arbeitsweise Redaktion, Wie komme ich in die Zeitung?, Leserbrief/Artikel schreiben		
Pause	18h00-18h15	
Schwerpunktthema Wachstum	45' 18h15-19h00	NR/SR angefragt
Präsentation		
Fragen/Diskussion		
Apéro und gemeinsames Nachtessen im Beisein von	ab 19h30	identisch mit Referent Wachstum

Samstag, 28. Juni 2003

Ausbildungsmodul	Dauer/Zeit	Referenten
Persönliche Homepage	60' 08h30-09h30	NR Weigelt angefragt
Pause	15' 09h30-09h45	
Organisation Persönlicher Wahlkampf	60' 09h45-10h45	Hannes Treier, Wahlkampfleiter FDP BE
Pause	15' 10h45-11h00	
Meine Erfahrung im persönlichen Wahlkampf	45' 11h00-11h45	Hannes Treier, Wahlkampfleiter FDP BE Panel (2 NR/SR angefragt)
Panelgespräch/Diskussion		
Schluss des Seminars	15' 11h45-12h00	Bruno Henggi, Fraktionssekretär
Auswertung		

Anmeldefrist für diesen Kurs: 17. Juni 2003

Kontaktperson/Anmeldung für alle Kurse

Bruno Henggi

FDP Schweiz, Neuengasse 20, Postfach 6136, 3001 Bern

Tel. 031 320 35 35

Fax 031 320 35 00

E-Mail henggi@fdp.ch

Home www.fdp.ch

Anmeldetalon

Name _____ Vorname _____

Adresse _____ PLZ/Ort _____

Tel. P _____ Tel. G _____

Fax _____ E-Mail _____

Kantonalpartei _____ Parteifunktion _____

Politische Ämter _____

Kandidat(in) für _____

Datum _____ Unterschrift _____

Bitte um Rücksendung je nach Kurs an das Generalsekretariat FDP Schweiz, Postfach 6136, 3001 Bern, oder Fax 031 320 35 00 oder henggi@fdp.ch

Parteitag Luzern

Unvergesslicher FDP-Parteitag in der Leuchtenstadt

Die Wahl der neuen Parteipräsidentin, Christiane Langenberger, war ein gelungener Start ins Wahljahr



Fröhliche Runde um den Bundespräsidenten.



Die über 140-köpfige Aargauer Delegation kam mit einem Extrazug nach Luzern. Mit der Kantonsfahne marschierten die NR Christine Egerszegi und Ulrich Fischer, SR Thomas Pfisterer und Parteipräsident Herbert Scholl voraus.



Vizepräsidentin Marianne Kleiner leitete den Parteitag gekonnt und charmant, bis sie das Zepter der neuen Präsidentin übergeben konnte.



Der Luzerner Kantonalsekretär, Othmar Wüest, lebte ganz nach seinem Motto: Wer etwas vormacht, kann auch Leistung verlangen, und schleppte Stühle in den Saal.



Den beiden Kandidatinnen für das Parteipräsidentenamt, Nationalrätin Trix Heberlein und Ständerätin Christiane Langenberger, war es bis zum Schluss ein gemeinsames Anliegen, sich für die Partei zu engagieren.



Nachdem sich Trix Heberlein und Christiane Langenberger vorgestellt hatten, lag es an den Luzerner Jungfreisinnigen Patricia Kaufmann und Armin Camenzind, die Fragestellerinnen und Fragesteller mit dem Mikrofon zu unterstützen.



Die Pressefotografen aller Redaktionen und Agenturen waren bemüht, das beste Bild zu schiessen.



Die Pressefotografen aller Redaktionen und Agenturen waren bemüht, das beste Bild zu schiessen.



Der frühere Parteipräsident Franz Steinegger und die Genfer Ständerätin Françoise Saudan mussten das Geschehen auf den Stehplätzen verfolgen.



Unter den über 1200 Parteitag-Teilnehmern waren solche, die man sich auch als Parteipräsident hätte vorstellen können.



Während Christiane Langenberger von den Journalisten belagert wurde, gratulierten die Freunde der neuen Präsidentin ihrem Gatten Hans (Jean).

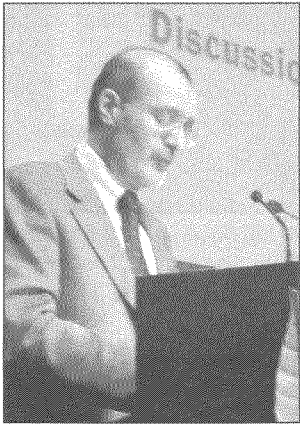


Interview reihte sich an Interview. Eine Tätigkeit, an die sich Christiane Langenberger noch gewöhnen wird.

Bild rus

Am und um den Luzerner Parteitag

Bildliche Eindrücke vom Freitag und Samstag



Nationalrat Fulvio Pelli nimmt, aus der Sicht der Fraktion, Stellung zur FDP-Charta 2003...



... während der Zürcher Kantonsrat Ruedi Noser dieses Papier aus der Sicht des Unternehmers beleuchtet.



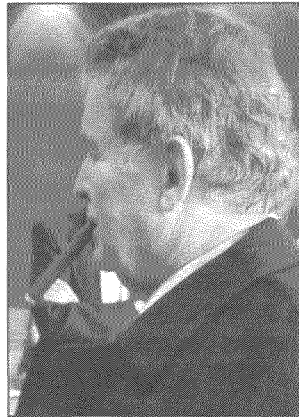
Bundespräsident Couchepin war ein begehrter Partner für Erinnerungsfotos.



Die bisherige, verdiente Fraktionspräsidentin, Christine Beerli, freut sich am prächtigen Strauss in den FDP-Farben.



Die Stimmzähler erhielten die letzten Instruktionen von Nationalrat Karl Tschuppert.



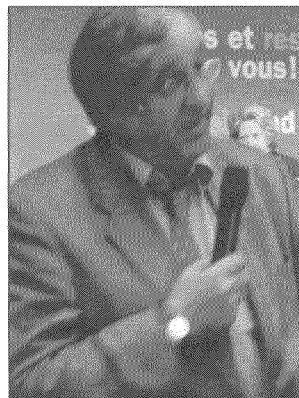
Pierre Gassmann, einer der treuesten Besucher von FDP-Delegiertenversammlungen.



Was hecken wohl die beiden Zürcher Nationalratskandidaten Filippo Leutenegger und Ruedi Noser aus?



Otto Ineichen fühlte sich wohl innerhalb der geselligen Abendrunde.



Geradezu begeistert ging der Walliser Sekretär auf die Charta ein.



Die Damen der A-capella-Gruppe brachten Stimmung ins abendliche Nachtessen vom Freitag.

Bilder rus

Jetzt haben die Frauen das Wort

«Athena»: erstes gesamtschweizerisches Polit-Forum für Frauen

Vom 4. bis 6. April 2003 findet in Fürigen-Bürgenstock (NW) das erste gesamtschweizerische Politikerinnen-Forum «Athena» statt. Initiatorin ist Alliance F, Bund Schweizerischer Frauenorganisationen. Ziel dieses Forums ist das Schaffen einer Plattform für Schweizer Politikerinnen: für Networking, informellen Gedankenaustausch zur politischen Arbeit in der Schweiz sowie zur Vorbereitung auf die National- und Ständeratswahlen vom nächsten Herbst.



Sibylle Burger-Bono.

in der Schweiz unbedingt eine ähnliche Plattform für politisch aktive Frauen schaffen wollte.» Die National- und Ständeratswahlen 1999 hätten klar gezeigt, dass Frauen viel weniger Platz erhalten, sich öffentlich mitzuteilen, so Burger-Bono. «Dem wollen wir mit dieser Plattform entgegenhalten.»

Bewährte Langsamkeit?

Hauptzielgruppe für «Athena 2003» sind also die Frauen. Was nicht heissen soll, dass Männer ausgeschlossen sind. Sie können am Podium durchaus teilnehmen. Zentrales Thema bilden die wirtschaftliche und gesellschaftliche Position der Politik sowie deren Wert in der heutigen Zeit. Als Grundlage der Diskussion dient die These «Die Entdeckung der Langsamkeit – Politik sei Dank». Fragen wie «Zählen in der Politik andere Werte als in der Wirtschaft?» oder «Wie definiert sich Politik von heute, und wo liegt ihr Potenzial?» werden die Poli-

kerinnen beschäftigen. Prominente Gäste aus dem In- und Ausland bereichern das Forum. Aus der Schweiz haben bisher unter anderen zugesagt: Bundesrätin Ruth Metzler-Arnold, die Nationalrätinnen Liliane Maury Pasquier (SP/GE) und Anita Fetz (SP/BS), Ständerätin Vreni Spörry (FDP/ZH), die Stadtpräsidentin von Lausanne, Yvette Jaggi, sowie Politologin Iwan Rickenbacher. Für interessante Diskussionen ist also mit Sicherheit gesorgt.

«Politische Unterhaltung»

Neben der fachlichen Auseinandersetzung bietet das Forum «Athena» genügend Raum für persönliche Beziehungspflege über Parteizugehörigkeit und Sprachgrenzen hinweg: So

werden die Tage jeweils abgerundet mit einem Apéro und anschliessenden Nachtessen. Am Freitag sorgt Victor alias Erwin Bischofsberger für «politische Unterhaltung». Am Samstag nimmt das erfolgreiche Frauen-Duo Rosetta Lopardo und Ursula Portmann alias «Fatal dó» den Geschlechterkampf aufs Korn. Sie zeigen einen Ausschnitt aus ihrem geistreichen Kabarettprogramm «High Nanny».

Es hat noch freie Plätze

Wer sich noch keinen Platz reserviert hat, kann dies in den nächsten Tagen tun. Ende Januar kommt die definitive Einladung. Gemeindepolitikerinnen erhalten sie allenfalls ein wenig später. «Da wir leider nicht alle Adressen der Gemein-

Athena

Der Name für das Forum ist nicht zufällig gewählt. Athene, Tochter des Zeus, war die Schutzgöttin des Krieges, der Weisheit und der Künste. Obwohl Jungfrau, verabscheute sie die Männer nicht, sondern liebte Männergeschäfte und begleitete die Krieger gern in die Schlacht.

Sowohl Athene wie Ares sind Kriegsgottheiten, doch bilden sie einen Kontrast. Gegenüber dem wilden und sinnlos wütenden Ares verkörpert Athene Intelligenz und Strategie.

depolitikerinnen ausfindig machen können, lassen wir deren Einladungen den Gemeindepräsidenten zukommen mit der Bitte um Weiterleitung», entschuldigt sich Burger-Bono.

Ausserdem kann man sich unter dem Link «Athena 2003» auf der Homepage www.bsf.ch anmelden.

Weitere Infos

Hier finden sich auch Informationen über das Programm, die Organisation und Bilder des Durchführungsortes. Die Erwartungen von Burger-Bono an das Pilotprojekt «Athena», nämlich den Frauen ein spannendes, interessantes und nicht zuletzt erinnerungswürdiges Forum an einem beschaulichen Ort zu bieten, sind auf dem besten Weg, sich zu erfüllen. ■

Von Sibylle Burger-Bono, Präsidentin Alliance F, Bern

Das Forum «Athena» bietet allen Politikerinnen auf Gemeinde-, Kantons- und Bundesebene die Möglichkeit, nach Lust und Laune Networking zu betreiben und Gedanken auszutauschen über politische Arbeit, die bevorstehenden Wahlen und vieles mehr. Die Idee für das Forum, das am Wochenende vom 4. bis 6. April im Kongresshotel Fürigen (NW) stattfindet, stammt von Sibylle Burger-Bono, Präsidentin von Alliance F, Bund Schweizerischer Frauenorganisationen. «Inspiriert hat uns ein Vorbild aus den USA: Eine Delegation erlebte dort einen Kongress für weibliche Parlamentsabgeordnete der Teilstaaten. Der Vorstand war davon so fasziniert, dass er

Alliance F

- Alliance F, Bund Schweizerischer Frauenorganisationen, wurde im Jahr 1900 gegründet und ist ein privater, parteipolitisch und konfessionell unabhängiger Verein. Alliance F vernetzt 160 Mitgliederorganisationen in der ganzen Schweiz und mehr als 400 000 engagierte Frauen aus allen Landesteilen.
- Alliance F fördert das gesellschaftspolitische Engagement von Frauen, die berufliche Aus- und Weiterbildung von Frauen sowie die Vereinbarkeit von Familie und Beruf.
- Alliance F nimmt wichtige gesellschaftspolitische Themen auf und Stellung zu eidgenössischen Gesetzesvorlagen, hat Einsitz in eidgenössischen Kommissionen, Studiengruppen und im internationalen Frauenrat.
- Alliance F will sich für den nationalen Austausch unter Schweizer Politikerinnen einsetzen und organisiert das 1. Politikerinnen-Forum im Frühjahr 2003.

Nun müssen wir handeln

Erste Worte der neuen Präsidentin im Thurgau

Meine ersten Gedanken gelten Trix. Ich möchte Dir für Deine faire, aufrechte Haltung, schon während der Session danken. Das Ergebnis dieser Wahl ist knapp und zeigt, dass wir beide die Unterstützung unserer Parteifreunde geniessen. Ich werde das beim nächsten Vorgehen nicht vergessen. Ich werde alles tun, um Ihr Vertrauen weiter zu verdienen, als Welche fühle ich mich sowohl besonders herausgefordert wie verpflichtet, die FDP erfolgreich in die Wahlen zu führen, und ich werde all meine Kräfte einsetzen, um in den deutschsprachigen Kantonen so präsent wie möglich zu sein. Um Mut zu geben und all unsere Kräfte zu ballen helfen.

Sie erwarten wahrscheinlich von mir, dass ich einige Denkanstösse geben, wie es meiner Ansicht nach weitergehen soll. Zuerst möchte ich eines betonen: Ich habe in den letzten Wochen viele Nachrichten und Zeitschriften von unseren kantonalen Parteien erhalten. Es wird überall hervorragende Arbeit geleistet.

Es ist zwar Mode, auf den Freisinn einzudreschen, aber wie Bundesrat Villiger



Nach dem Referat von Christiane Langenberger war es für die Thurgauer Unternehmer Peter Schütz, NR Werner Messmer, Bauunternehmer und Präsident des Schweizerischen Baumeisterverbandes, und Thomas Gamper, (vlnr) ein Leichtes, sich nicht nur neben, sondern hinter die neue Parteipräsidentin zu stellen.

Bild rus

es immer wieder betont, wir dürfen uns nicht beeindrucken lassen und müssen Flagge zeigen.

Nun müssen wir handeln und unseren Ideen zum Durchbruch verhelfen.

Ich komme auf einige Punkte zurück, die heute morgen bereits erwähnt wurden:

- Wir wollen, dass sich die Schweiz weiterentwickelt. Die FDP steht für eine fortschrittliche Schweiz ein, die nicht erstartet. Das wirtschaftliche und gesellschaftliche Wohlergehen der Schweiz hängt in hohem Mass ab von den einzigen hierzulande verfügbaren Rohstoffen: der Bildung und der Forschung. Die Innovationskraft unseres Landes, Ursprung unserer Wettbewerbsfähigkeit und Garant für Beschäftigung und Arbeitsplätze, hängt direkt von der För-

derung der Bildung und der Forschung ab. Die FDP wird sich weiterhin voll für diese beiden Säulen des gesellschaftlichen Fortschritts und Ausgleichs einsetzen.

- Wir wollen an diesem grossartigen Projekt Schweiz weiterarbeiten. Gerade wenn wir das Wirtschaftswachstum ansehen, können wir mit dem aktuellen Zustand nicht zufrieden sein. Zu tief ist die gegenwärtige Wachstumsrate.

- Wir pflegen den Kontakt zur Wirtschaft, und das werden wir auch in Zukunft tun. Wir lassen uns die Wirtschaft, nicht ver-teufeln, denn die Wirtschaft, das sind wir: die klugen Köpfe und die fleissigen Hände dieses Landes. Gesundheit und Vorsorge müssen sicher bezahlbar bleiben. Dafür müssen wir aber umsichtig handeln. Die langfris-

tige Sicherung unserer Sozialwerke und die Solidarität zwischen den Generationen stehen im Zentrum der freisinnigen Sozialpolitik.

- Die FDP macht eine klare, bürgerliche, freisinnige und eigenständige Politik. Wo es sinnvoll und nötig ist, arbeiten wir mit anderen Parteien zusammen und suchen nach Lösungen. Wir wollen aber keine faulen Kompromisse.

- Die FDP ist eine Regierungspartei. Das bedeutet: Wir übernehmen Verantwortung. Das Doppelspiel Oppositionspartei-Regierungspartei kann und darf nicht funktionieren. Die Schweizerische Demokratie ist kein Selbstbedienungsladen, in dem man immer gerade das vom Regal nimmt, das einem passt.


- Wenn wir unsere Posi-

tion gegen Extreme klarer gestalten wollen, dann müssen wir die bürgerliche Mitte stärken und dort eine Leaderrolle übernehmen.

- Um unserer kritischen Lage gerecht zu werden, will ich mich auf ein Kompetenzteam abstützen können, mit Fachleuten aus der Wirtschaft, den Sozialversicherungen, der Sicherheit.

Liebe Parteikolleginnen und Parteikollegen, unser Slogan für die Wahlen lautet «Freiheit und Verantwortung», «Libres et responsables... comme vous». Das sind für uns nicht leere Floskeln. Das sind freisinnige Überzeugungen. Kämpfen wir gemeinsam für diese Überzeugungen. ■

Anzeige



GWP

INSURANCE BROKERS

VERTRAUEN SCHAFFT SICHERHEIT

www.gwp.ch

Anzeige



Tel. 041 412 37 37
 Fax 041 410 43 53
 E-Mail restaurant@fondue-house.ch
www.fondue-house.ch

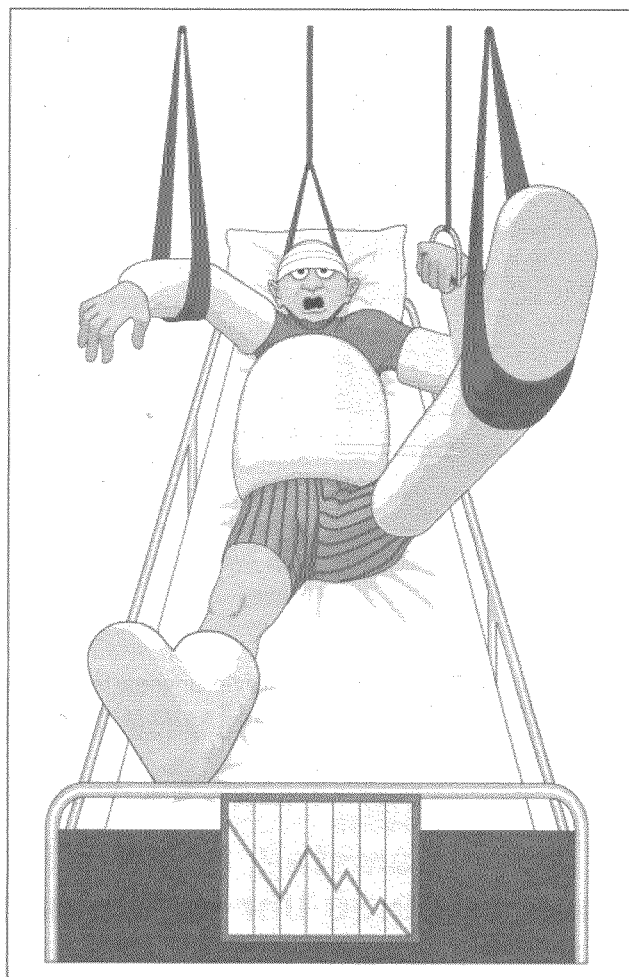
SPYCHER FONDUE-HOUSE

Eisengasse 15 ▲ 6004 Luzern ☐ Switzerland

Das Wichtigste in Kürze

Gesetz für eine gesunde Spitalfinanzierung

Das Bundesgesetz über die Anpassung der kantonalen Beiträge für die innerkantonalen stationären Behandlungen nach dem Bundesgesetz über die Krankenversicherung (KVG) kommt am 9. Februar 2003 zur Abstimmung. Die FDP-Präsidentenkonferenz hat dazu mit 29:1 die Ja-Parole gefasst.



Das dringliche Bundesgesetz über die Anpassung der Spitalfinanzierung (dBG) erhöht den Finanzierungsanteil der Kantone für die Spitalbehandlungen von Privat- und Halbprivatversicherten in öffentlichen und öffentlich subventionierten Spitälern schrittweise. Insgesamt bezahlen die Kantone bis 2004 1,2 Milliarden Franken. Bei einer Ablehnung des dBG entstünden für die Kantone 350 Millionen Franken Mehrkosten:

Kosten in Mio. Fr.	
Bei Annahme dBG	
2002	300
2003	400
2004	500
Total	1200
Mehrkosten	–
Bei Ablehnung dBG	
2002	300
2003	550
2004	700
Total	1550
Mehrkosten	350

Die Mehrkosten müssten über Steuermittel finanziert werden. Die Kantone wären gezwungen, die Steuern zu erhöhen und

Sparmassnahmen zu ergreifen. Die Schweizerische Sanitätsdirektorenkonferenz (SDK), die Finanzdirektorenkonferenz (FDK) und die Konferenz der Kantonsregierungen (KdK) stehen stellvertretend für alle Kantone voll hinter dem dBG.

Das dringliche Bundesgesetz

– garantiert eine gesunde Spitalfinanzierung, weil es den Finanzierungsanteil der Kantone an die Spitalbehandlungen von Privat- und Halbprivatversicherten bis 2004 stufenweise und somit für

die Kantone tragbar heraufsetzt;

- ist im Interesse der Allgemeinversicherten; Personen, die nur allgemeinversichert sind, profitieren indirekt von einer Annahme des dBG, weil sie von höheren Steuern und schmerzhaften Sparmassnahmen der Kantone verschont bleiben. Privat- und Halbprivatversicherte profitieren kurzfristig direkt von tieferen Prämien;
- ist ein durchdachter Kompromiss zwischen Kantonen und Krankenkassen;
- schützt alle Krankenver-

sicherten, weil durch einen geordneten Übergang zum revidierten KVG jahrelange Rechtsstreitigkeiten zwischen Krankenkassen, Kantonen und Krankenversicherten ausbleiben.

Entstehungsgeschichte

Bis anhin wurden die Kosten bei innerkantonalen Spitalbehandlungen in der Privat- oder Halbprivatabteilung, mit Ausnahme des von der obligatorischen Krankenpflegeversicherung entrichteten Sockelbetrags, von den Spitalzusatzversicherungen der Krankenkassen getragen. Im November 2001 entschied das Eidgenössische Versicherungsgericht (EVG) in einem ursprünglich von der Assura gegen das Sozial- und Sanitätsdepartement des Kantons Genf angestrebten Verfahren, dass sich die Kantone auch bei innerkantonalen stationären Spitalbehandlungen an den Kosten von Privat- und Halbprivatversicherten in öffentlichen und öffentlich subventionierten Spitälern zu beteiligen haben. Die Beitragspflicht habe den Kosten zu entsprechen, die von der obligatorischen Krankenpflegeversicherung für die Behandlungen der versicherten Personen in der allgemeinen Abteilung des jeweiligen Spitals nicht getragen werden. Damit war klar, dass die bestehende Finanzierungspraxis nicht dem KVG entsprach und korrigiert werden musste. Die Korrektur hat

eine massive Mehrbelastung der Kantone und eine Entlastung der Spitalzusatzversicherung zur Folge.

Im Februar 2002 schlug die Kommission des Ständerates für soziale Sicherheit und Gesundheit (SGK-S) auf Ersuchen der Kantone und von Santé-suisse eine Kommissionsinitiative für ein dringliches Bundesgesetz (dBG) vor. Damit wurde nach dem EVG-Entscheid ein geordneter Finanzierungsübergang sichergestellt. Nationalrat und Ständerat nahmen das dBG im Juni 2002 ohne Gegenstimme an (Nationalrat: 189 zu 0, Ständerat 40 zu 0).

Das dBG ist rückwirkend auf den 1. Januar 2002 in Kraft getreten und bis Ende 2004 befristet, mindestens aber bis Mitte 2003. Das dBG ist ein hart erarbeiteter politischer Kompromiss, der von einer aussergerichtlichen Vereinbarung zwischen der SDK und Santé-suisse flankiert wurde. Im Rahmen dieser Vereinbarung vom Juni 2002 bezahlten die Kantone den Krankenkassen im September 2002 für entsprechende Spitalbehandlungen pauschal 250 Millionen Franken für das Jahr 2001. Die Assura, die dieser Vereinbarung nicht beitrug, reichte im Oktober 2002 das Referendum gegen das dBG ein. Am 9. Februar 2003 entscheiden die Stimmberechtigten über die Annahme oder Ablehnung des dBG. ■

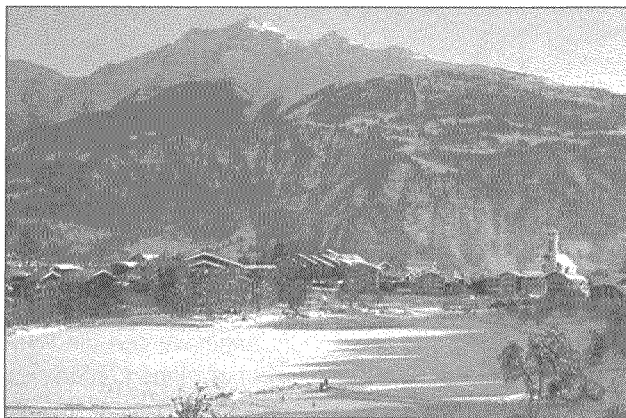
Zur Nachahmung empfohlen

Neue FDP-Ortspartei in Laax GR

Wann: 24. Januar 2003
20.00 Uhr

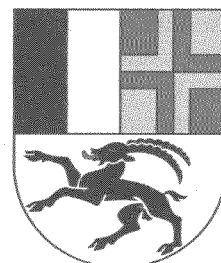
Wo: AULA (Laax)

Seit einiger Zeit suchen wir Gleichgesinnte, mit denen wir «politisieren», das heisst Probleme erkennen und Lösungsvorschläge ausarbeiten können. Ausser dem Stammtisch und zu Hause am Küchentisch haben wir in unserer Gemeinde keinen Ort gefunden, an dem man sachlich über ein Problem diskutieren kann.



Am 24. Januar gründen wir die FDP-Ortspartei Laax. Im Sinne unserer liberalen Grundhaltung orientiert

sich unser Denken und Handeln an den folgenden Werten: der Würde des Menschen, der persönli-



chen Freiheit, der Verantwortung gegenüber Mitwelt und Nachwelt, der gesellschaftlichen und kulturellen Vielfalt, der gelebten und lebendigen Demokratie und der sozialen Marktwirtschaft. Diese Grundwerte bilden die Richtschnur. Wir setzen uns für Wohlstand und Wachstum ein. Dazu ist die Schaffung von mehr Wettbewerb eine zentrale wirtschaftliche Aufgabe. Der Mittelstand sowie die kleinen und mittleren Unternehmungen bilden das Rückgrat unserer Gemeinde. Diese gilt es zu stärken. Der Tourismus als wichtigster Wirtschaftszweig unserer Region ist zu fördern und gezielt im Sinne der Nachhaltigkeit auszubauen. ■

Gründungsversammlung der FDP Frauen Wallis

Freitag, 24. Januar 2003,
19 Uhr im Hotel du Parc, Martigny

Marianne Dürst
Präsidentin FDP
Frauen Schweiz



Zu dieser Gründungsversammlung ladet ein:

Dominique Walther

1926 Fully, Avouillons 9,
Tel. 027 746 22 18, Natel 078 608 33 54

Generalversammlung der FDP Frauen Schweiz

Samstag, 8. März 2003
09.30 Uhr im Grossratsaal, Aarau

Alice Disch



Ab 13 Uhr ist die Versammlung der Öffentlichkeit zugänglich.

Detaillierte Informationen erhalten Sie von Alice Disch, Sekretariat FDP Frauen Schweiz: fdp.frauen@bluewin.ch

Wollen wir uns nicht ein wenig unbeliebt machen?

Ein möglicher Beitrag der FDP zu Lösungen im Asylbereich

Der Asylbereich ist zu einem riesigen Markt geworden: In der Schweiz werden rund 93 000 Asylsuchende, vorläufig Aufgenommene und anerkannte Flüchtlinge verwaltet.

Von FDP-Regierungsrätin
Dora Andres, Bern

Es gilt Anhörungen zu den Asylgründen durchzuführen, Asylentscheide zu treffen, Beschwerden zu behandeln, Unterkunft, Essen, Kleidung, Betreuung und medizinische Versorgung bereitzustellen, Sprachkurse und Beschäftigungsprogramme durchzuführen, Papiere zu beschaffen, Rückkehrverhandlungen zu führen, Rückkehrprogramme zu konzipieren und umzusetzen, die Ausreise durchzuführen, Zwangsmassnahmen anzuordnen und zu vollziehen, Strafverfahren zu bewältigen, Integrationsmassnahmen umzu-

setzen, Sprachtests durchzuführen, Kinder einzuschulen.

Natürlich gibt es gesetzliche Vorgaben, Weisungen und Richtlinien zuhauf. Aber deren Anwendung in der Praxis könnte nicht unterschiedlicher sein.

Zusammenarbeit ist gefordert

Insgesamt besteht in der Schweiz ein unüberschaubares System, in welchem manche Behörden hervorragend zusammenarbeiten, während andere überhaupt nicht kooperieren, in welchem die Sozialdirektoren und die Justiz und Polizeidirektoren je für sich Strategien entwerfen, die alles andere als kompatibel sind.

Unterschiedliche Beurteilung in den Kantonen

Es gibt zahllose weitere Beispiele: Ein Teil der Kantone wendet konsequent Zwangsmassnahmen an, der andere – wenn über-



Dora Andres

haupt – ein paarmal pro Jahr; einzelne Sozialdienste stimmen das Fürsorgeregime auf das Verhalten der Asylsuchenden ab, andere richten allen dieselben Leistungen aus; ein Richter ahndet den Verstoss gegen eine Ausgrenzungsverfügung mit 100 Franken Busse, der andere mit vier Monaten Gefängnis. Als zweiten Schritt benötigen wir ein Controlling, das die Einhaltung der Normen

« *Statt immer neue Gesetzesbestimmungen zu fordern, sollten wir besser dazu übergehen, die Möglichkeiten der bestehenden Gesetze auszuschöpfen und eine kohärente Asylstrategie zu entwickeln, in der die Massnahmen auf allen Stufen und unter allen beteiligten Stellen aufeinander abgestimmt sind.* »

volle, griffige und messbare Normen, um danach durch FDP-Regierungs- und Parlamentsmitglieder in den Kantonen entsprechende Vorstösse zu lancieren und die Resultate laufend als provozierendes FDP-Asylzeugnis für kantonale und kommunale Institutionen zu veröffentlichen und zu kommentieren? Das wäre zwar sehr un bequem, aber weit wirkungsvoller als die heute üblichen Ausreden und gegenseitigen Schuldzuweisungen.

Mut zum Unbeliebtsein haben

Bei den Behörden, die sich nicht um Zusammenarbeit und echte Lösungen bemühen, bei denen ein Laissez-faire herrscht, würden wir uns damit unbeliebt machen. Wohl auch bei jenen Parteien, die immer nur die einfachen Scheinlösungen beibehalten. Ich denke, es ist dringend nötig, dass sich im Asylschungel jemand ein wenig unbeliebt macht. ■

Ein Heer von Beschäftigten

Mit all diesen Aufgaben befassen sich Tausende von Personen beim Bundesamt für Flüchtlinge, bei der Asylrekurskommission, in den kantonalen Migrationsämtern, Sozialdirektionen, Fürsorgeämtern, Erziehungsdirektionen, Arbeitsämtern, bei den Hilfswerken, in den Sozialämtern der Gemeinden, bei Polizei und Gerichtsbehörden, beim Grenzwachtkorps, in Spitälern, bei internationalen Organisationen, bei der Entwicklungszusammenarbeit und in diplomatischen Vertretungen. Und all diese Menschen gehen ihre Aufgaben mit ihren eigenen Ideen und Wertvorstellungen an.

misst und die Resultate öffentlich zugänglich macht.

Innerhalb der FDP

Weshalb definieren wir nicht in einer parteiinternen Arbeitsgruppe sinn-

Anpassung der Volksrechte

Ein bescheidener, aber unterstützungswürdiger Schritt

Parlament und Bundesrat schlagen vor, unsere Volksrechte in drei Punkten anzupassen. Damit soll einerseits festgestellten Mängeln begegnet und andererseits neuen Entwicklungen Rechnung getragen werden.



Von FDP-Ständerätin Vreni Spoerry, Horgen (ZH)

Vreni Spoerry.

Zum Ersten wird mit einer kleinen Änderung der zwar sicher selten eintretende, aber doch störende Fall gelöst, wenn bei einem doppelten Ja anlässlich einer Abstimmung über Initiative und Gegenvorschlag bei der Stichfrage einmal das Volks- und einmal das Ständemehr obliegt. Heute gelten bei diesem Szenarium beide Vorlagen als abgelehnt, obwohl sie eigentlich beide angenommen worden sind. Neu wird jene Vorlage in Kraft treten, bei welcher der prozentuale Anteil der Volksstimmen und jener der Ständesstimmen bei der Stichfrage die grössere Summe ergeben.

Zum Zweiten soll es neben der weiterhin bestehenden ausformulierten Verfassungsinitiative eine neue Form der Volksinitiative geben.

Die allgemeine Volksinitiative

Sie ersetzt die bisherige Verfassungsinitiative in der Form der allgemeinen Anregung und ist Verfassungs- und Gesetzesinitia-

tive in einem. Damit kann sie dazu beitragen, die kürzlich von Ballast befreite Bundesverfassung in Zukunft von Detailregelungen zu verschonen. Viele mit Verfassungsinitiativen eingereichte Begehren benötigen gar keine neue Verfassungskompetenz, sondern sind auf Gesetzesstufe erfüllbar. Mit der allgemeinen Volksinitiative formulieren die Initianten eine allgemeine Anregung. Das Parlament wird die richtige Normierungsstufe bestimmen.

Es wird kritisiert, das neue Volksrecht sei schwächer als die bisherige Verfassungsinitiative. Deshalb sei es falsch, dafür ebenfalls 100 000 Unterschriften zu verlangen. Das stimmt im Vergleich zur heutigen Verfassungsinitiative in der Form der allgemeinen Anregung nicht. Diese benötigte bis anhin ebenfalls 100 000 Unterschriften und fällt jetzt weg. Eine allgemeine Anregung kann in Zukunft nur noch mit der allgemeinen Volksinitiative gemacht werden. Schwächen, die man dem

neuen Instrument vorwirft, werden nicht durch dieses begründet, sondern liegen in der Form der allgemeinen Anregung.

Nimmt das Parlament das Anliegen der allgemeinen Anregung auf, setzt dieses aber nicht ausreichend im Sinne der Initianten um, so haben die Initianten bereits heute bei der Verfassungsinitiative in der Form der allgemeinen Anregung keine Möglichkeit, ihr ursprüngliches Anliegen direkt vor das Volk zu bringen. Das bleibt auch bei der allgemeinen Volksinitiative so. Lehnt das Parlament jedoch das Anliegen der allgemeinen Volksinitiative ab, so kommt diese genauso zur Abstimmung an der Urne wie eine Verfassungsinitiative. Neu braucht sie aber nur noch das Volksmehr, nicht auch das Ständemehr. Dies kann für die Initianten ein Vorteil sein.

Ein Vorteil für die Initianten ist es ebenfalls, dass man ihnen bei der allgemeinen Volksinitiative nicht vorwerfen kann, ihr Anliegen gehöre nicht auf Verfassungsstufe, weshalb die Initiative abzulehnen sei. Zudem kann neu mit der allgemeinen Volksinitiative die Abschaffung eines überholten Gesetzes verlangt werden, was mit der bisherigen Verfassungsinitiative kaum möglich ist. Neu können die Initianten ans Bundesgericht gelangen, wenn das Parlament ihr Anliegen nicht in der von ihnen verlangten Stossrichtung umsetzt.

Das ist aber nicht eine Folge des neuen Instrumentes, sondern bedeutet die Behebung eines Fehlers, welcher sich bei der bisherigen Verfassungsinitiative in der Form der allgemeinen Anregung gezeigt hat. So mussten z.B. die Initianten der Munchensteiner Initiative das durch ihre Initiative ausgelöste Gesetz ablehnen, weil es sich in der parlamentarischen Umsetzung zu weit von ihren Vorstellungen entfernt hatte. Das soll in Zukunft bei einer Initiative in der Form der allgemeinen Anregung nicht mehr möglich sein.

Schliesslich ändert sich auch mit Bezug auf das Ständemehr beim neuen Instrument gegenüber der bisherigen Verfassungsinitiative in der Form der allgemeinen Anregung nichts. Es war bis anhin möglich und wird in Zukunft ohne Verfassungsgerichtsbarkeit möglich bleiben, dass das Parlament Gesetze ohne ausreichende Verfassungsgrundlage und somit unter Missachtung des Ständemehrs verabschieden kann. Es gilt, jene Parlamentarier zu wählen, welche die Verfassung respektieren.

Das Staatsvertragsreferendum

Der dritte Punkt – das erweiterte fakultative Staatsvertragsreferendum – blieb im Parlament praktisch unbestritten. Jetzt regt sich auch dagegen Widerstand. Es werde damit das Blockierungspotenzial in

der Aussenpolitik erhöht. Ich bin dezidiert der Meinung, dass es in der direkten Demokratie mittel- und langfristig ein Fehler ist, wenn man das Volk von Entscheiden ausschliessen will.

Es ist eine Tatsache, dass das internationale Recht für die Weiterentwicklung unserer Gesetze immer wichtiger wird. Dabei ist es der Glaubwürdigkeit der Schweiz nicht förderlich, wenn Bundesrat und Parlament Staatsverträge akzeptieren, das Volk dann aber mittels Referendum die dazu notwendigen Gesetzesänderungen ablehnt. Aus diesem Grunde erachte ich es als richtig, dass das Parlament bei einem Staatsvertrag zunächst die dafür notwendigen Gesetzesänderungen verabschiedet und dann beides zusammen – Staatsvertrag und Gesetzesänderungen – dem Volk gemeinsam unterbreitet.

Fazit

Die Anpassung der Volksrechte, über welche am 9. Februar abgestimmt wird, ist ohne Zweifel kein grosser Wurf. Deren Ablehnung wäre denn auch kein Landesunglück. Das sei zugegeben. Es ist aber mit Sicherheit kein Schaden, wenn der massvolle Vorschlag angenommen wird. Auch Volksrechte müssen Entwicklungen angepasst werden, und es ist richtig, erkannte Mängel, auch wenn sie klein sind, zu korrigieren. In diesem Sinne verdient die Vorlage von Bundesrat und Parlament Unterstützung. ■

FDP Zürich verabschiedet NR-Liste

Die Zürcher Freisinnigen sind die Schnellsten

Als erste Kantonalpartei verabschiedeten die Delegierten der FDP des Kantons Zürich ihre Kandidatenliste für die Nationalratswahlen 2003. Dies tat sie mit der gleichen Deutlichkeit, wie sie auch hinter Nationalrätin Trix Heberlein als Ständeratskandidatin stehen.

Die FDP-Delegierten des Kantons Zürich haben die von der Personalkommission (Personalausschuss, Parteivorstand und Bezirksparteipräsidenten/-innen) vorgeschlagene Kandidatenliste für die Nationalratswahlen mit 106 zu 49 Stimmen überaus deutlich genehmigt.

FDP-Basis zeigt sich kämpferisch

Unkonventionelle Plakatierungs-Aktion



Dies meldete die Wahlkampfverantwortliche aus dem Wahlkreis Winterthur dem Kantonsekretariat. Seit kurzem hängen in zahlreichen Landgemeinden des Bezirks Winterthur Plakate mit der Aufschrift: «Wir Scharfsinnigen kämpfen für das mittelständische Volk.» Die FDP-Bezirks-geschäftsleitung zeigt sich positiv überrascht über diese unkonventionelle Aktion.

Die Wahlkampfverantwortliche des Wahlkreises Winterthur Land, Romana Heuberger, hat diese Aktion mit grosser Freude zur Kenntnis genommen. «Offenbar ergreifen breite Kreise innerhalb der FDP die Initiative, für ihre zukunftsichernden, bürgerlich-liberalen Anliegen zu kämpfen und dem grossen Mittelstand in unserem

Ausgaben. Als Folge können zahlreiche kleine und mittlere Unternehmen (KMU) bereits zugesagte Aufträge nicht ausführen und geraten massiv unter Druck – sogar Arbeitsplätze in an sich gesunden Unternehmen sind gefährdet. SP wie SVP schießen aus wahltaktischen Gründen ein Eigentor und schaden damit bewusst und völlig grundlos ihren eigenen Wählern und ins-

besondere dem Mittelstand.

Diese Tatsache hat offenbar zahlreiche FDP-Mitglieder und FDP-Wählerinnen und -Wähler aufgerüttelt, die sich tatkräftig im Wahlkampf engagieren werden. «Unmut, unrealistische Forderungen und das politische, nicht sachlich begründete Hickhack unter den Parteien lösen die Probleme unseres Kantons Zürich nicht. Wir brauchen wieder mehr Uhrmacher und weniger Leute, die uns immer nur sagen, wie spät es ist.»

Anzeige

Mercedes E 280 V6

9.99, NP Fr. 80 000.-, 39 000 km, 8fach bereift, Alu, Regensensor, Parkdistanz, Tiptronic, 8 Airbags, Skibag, Tempomat 2fach, R/CD, Klima, Farbe Silber met., Sitz-Memory, ABS, BAS, ESP, Swiss Integral.
Nur Fr. 41 500.-. Tel. 079 620 20 44.

- 1 Heberlein Trix, Meilen, 17.07.42
- 2 Gutzwiller Felix, Zürich, 22.02.48
- 3 Hegetschweiler Rolf, Affoltern, 03.12.37
- 4 Hösly Balz, Zürich, 08.03.58
- 5 Gut-Winterberger Ursula, Meilen, 24.09.53
- 6 Hutter Markus, Winterthur, 20.02.57
- 7 Portmann Hans-Peter, Horgen, 22.02.63
- 8 Leutenegger Filippo, Zürich, 25.11.52
- 9 Noser Ruedi, Meilen, 14.04.61
- 10 Winkler Gabriela, Dielsdorf, 12.03.53
- 11 Walti Beat, Meilen, 22.11.68
- 12 Denzler Oskar, Winterthur, 19.02.50
- 13 Cavegn Reto, Dietikon, 12.12.55
- 14 Bertschi Jean-Jacques, Affoltern, 03.09.47
- 15 Grete Walter, Bülach, 12.05.43
- 16 Gähwiler Victor, Dietikon, 23.12.49
- 17 Kündig Jörg, Hinwil, 12.05.60
- 18 Dähler Thomas, Zürich, 16.03.53
- 19 Gross Leemann Ursula, Meilen, 27.08.57
- 20 Bernoulli Rita, Uster, 11.08.50
- 21 Fausch Ueli, Horgen, 28.07.52
- 22 Marti-Rohr Silvia, Hinwil, 29.10.57
- 23 Bigler Hans-Ulrich, Meilen, 05.04.58
- 24 Walther Rolf (Joachim), Zürich, 13.02.51
- 25 Huber Alexander, Winterthur, 09.01.73
- 26 Sauter Bruno A., Uster, 14.02.68
- 27 Luchsinger Gaehwiler Catrina, Zürich, 12.08.67
- 28 Birrer Susann, Zürich, 23.06.59
- 29 Forrer Hans-Ulrich, Horgen, 11.07.42
- 30 Ganter Alex(ander), Uster, 24.12.68
- 31 Bolliger Gertrud, Uster, 02.06.53
- 32 Düringer-Sulser Barbara, Dielsdorf, 24.03.64
- 33 Niederbacher Jürg, Zürich, 08.05.63
- 34 Troesch-Schnyder Franziska, Meilen, 09.05.46

Die Freisinnig-Demokratische Volkspartei

Erfülltes und Mängel auf dem Wege zu einer Volkspartei

Verschiedene Kantonalparteien der FDP haben früher die Bezeichnung «Volkspartei» in ihrem Namen geführt, im Rahmen der Vereinheitlichung des freisinnigen Auftretens fiel diese Bezeichnung weg. Dennoch ist die FDP eine Volkspartei geblieben.

Von Grossrat Herbert Widmer, Präsident der FDP der Stadt Luzern



Herbert Widmer

Kriterien für eine Volkspartei

Welche Kriterien müssen erfüllt sein, damit sich eine Partei im Namen oder im Charakter als «Volkspartei» bezeichnen darf?

- Die Partei muss in der Bevölkerung so verankert sein, dass sie einen Mindestanteil der Wähler vertritt. Für schweizerische Verhältnisse dürfte dies mindestens 10% entsprechen.
- Das politische Programm der Volkspartei muss breit sein und darf sich nicht auf einige wenige Themen beschränken. Diese Programmpunkte dürfen aber nicht nur auf dem Papier stehen, sondern müssen auch in der politischen Praxis verfolgt werden und damit dem Wähler gegenüber «beweisbar» sein. («Breit» heisst hier nicht «von links bis rechts», sondern dass die Partei verschiedene wichtige Themen aus ihrer Position vertritt.)
- «Volkspartei» ist nur eine Partei, welche darauf verzichtet, ein Schwergewicht auf die Vertretung von Inter-

sen zu legen. Eine «verfilzte» Partei ist keine Volkspartei!

- Eine Partei, welche sich mit einer Weltanschauung anbietet und diese vertritt, kann kaum mehr eine Volkspartei sein. Dies wurde in der Vergangenheit mancher Partei zum Verhängnis.
- Die Bundeshausfraktion der entsprechenden Partei muss sich bewusst sein, dass sie nicht identisch ist mit der Partei, sondern dass sie «nur» deren wichtige politische Vertretung darstellt.
- Eine Volkspartei muss für das Volk verständlich politisieren, klar, mutig, geradlinig und vorausschauend!
- Naher Kontakt der Partei und ihrer Vertreter zum Volk ist eine Grundvoraussetzung zu ihrem Erfolg.
- Im Mittelpunkt des Han-

delns einer Volkspartei müssen der Mensch und dessen Sorgen stehen. Dazu gehören selbstverständlich sowohl die Wirtschaft und die Technologie, welche Arbeitsplätze und Finanzmittel schaffen, als auch die sozialen Bedürfnisse des Volkes. Eine Volkspartei kennt auch den Blick von unten nach oben, nicht nur umgekehrt!

Welche Kriterien erfüllt die FDP in ihrer heutigen Situation?

- Die FDP der Schweiz ist auch heute eine wichtige Partei mit einem sehr guten Parteiprogramm mit einer hohen Existenzberechtigung.
- Die FDP vertritt einen recht hohen Stimmenanteil und ist in der Bevölkerung gut verankert.
- Sie vertritt ihre Wähler in vielen Belangen gut und verständlich.
- Ihre Vertreter arbeiten erfolgreich, so sind zum Beispiel viele KMU-Vertreter, welche Hunderttausende von Arbeitsplätzen geschaffen haben, freisinnig.
- Die gelebten politischen Themen der FDP sind gegenwärtig zu einseitig gewichtet, auch wenn diese sehr wichtig sind: Die «Wirtschaft» – und die Schaffung guter Rahmenbedingungen für diese – ist wahrlich ein wichtiges freisinniges Thema, kann aber nicht allein genügend

Wähler mobilisieren. Die «Gentechnik» ist für den zukünftigen Wirtschaftsplatz Schweiz sehr wichtig, kann aber die Bevölkerung nicht für uns gewinnen. Die Kommunikation bezüglich des «Service public» ist ungenügend, der Begriff verbreitet heute noch mehr Angst als Vertrauen.

- Wichtige «Volksthemen» wie Soziales, Gesundheit usw. sind auf dem Papier gut formuliert und werden von einzelnen freisinnigen Volksvertretern engagiert bearbeitet, der echte Rückhalt in der Bundeshausfraktion fehlt aber.
- Der Kontakt zur Basis ist heute ungenügend, diese wird kaum mehr in eine Entscheidungsfindung einbezogen. Die letzten parteiprogrammatischen Workshops an Delegiertenversammlungen der FDP der Schweiz fanden noch unter dem Parteipräsidenten Franz Steiner statt. Recht viele freisinnige Vertreter distanzieren sich vom Kontakt zur Basis und wirken dadurch elitär.
- Die Bundeshausfraktion muss sich im Klaren sein, dass sie nicht identisch ist mit der FDP der Schweiz. Dadurch hebt sie sich wohlthuend von der SVP ab, deren realer Chef Christoph Blocher in seiner Lupfig-Rede sagte: «Seit dieser Zürcher Flügel identisch ist mit unserer Gesamt-

partei (der SVP der Schweiz) ... »

Was ist zu tun?

- Die Antwort dazu ergibt sich aus dem Geschriebenen, sowohl aus dem Positiven als auch aus dem Negativen.
- Die FDP muss sehr rasch wieder mehr zu einer Gemeinschaft, zu einer Partei mit Gemeinsinn, mit Solidarität werden.
- Die FDP muss wieder vermehrt den Mut finden zu klaren Aussagen, zu geradlinigem Politisieren, ohne den Wunsch, sich an andere Parteien anzulehnen und diese um des Erfolges Willen zu imitieren.
- Die FDP muss wieder – auch mit der Basis – diskutieren, eine gemeinsame, verankerte Meinungsbildung betreiben, die Wähler mobilisieren und motivieren. Dann ist sie eine wichtige, grosse Partei, sie verdient es! Dann ist sie eine Partei für das Volk, eine Volkspartei! ■

Volkspartei:

In demokratischem Verfassungsstaate eine Partei, die in Bezug auf Stimmenanteile und Grösse eine gewichtige Rolle spielt und mit ihrer Programmatik für breite Wählerschichten offen ist. Die Volkspartei unterscheidet sich damit deutlich von der Weltanschauungs- und Interessenspartei.

China zwischen Gestern und Morgen

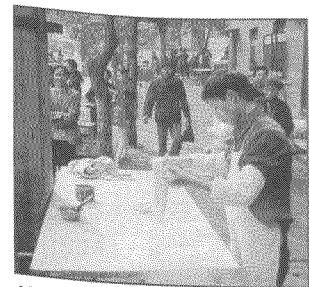
Interview mit Peter Achten, dem Leiter der FDP-Reise nach China

Claudio R. Stern: Ist das Leben als Schweizer in Peking heute einfacher oder schwieriger geworden im Vergleich zu 1985 bei Ihrer Ankunft?

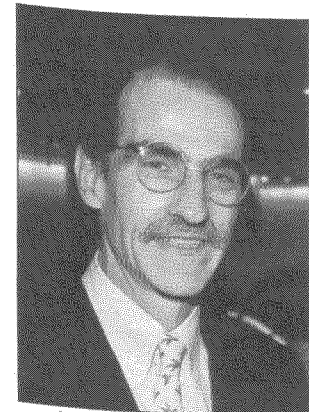
Peter Achten: Heute ist sehr vieles einfacher. China und die Hauptstadt Peking haben sich enorm entwickelt; wirtschaftlich, sozial und politisch. Peking ist heute durchaus eine internationale Stadt, wo man alles bekommt. In den Supermärkten kann man sogar Fondue kaufen.

China drängt vorwärts und öffnet sich langsam gegenüber dem Westen. Wie will China in zehn Jahren aussehen?

Das ist eine schwierige Frage. Wenn alles bleibt, wie



Nudelmacher in den Strassen von Peking. Vielleicht gehört dieses traditionelle Bild bald der Vergangenheit an.



Peter Achten. Der Journalist lebt und arbeitet seit Jahren in Peking. Er kommentiert u. a. im Schweizer Radio das aktuelle Geschehen in Asien.

es ist, wächst China weiterhin mit einer Wachstumsrate von 7 bis 8%. In zehn Jahren wäre das Bruttonationalprodukt dann doppelt so hoch.

Schafft es Jiang Zeming, sich mit der überalterten Garde im Zentralbüro zurückzuziehen und einer jüngeren Generation den Weg frei zu machen?

Das hat er am 16. Parteitag im November dieses Jahres getan. Fast geschlossen trat die alte Garde zurück. Die neue, jüngere Führungsgeneration ist weitaus besser ausgebildet als die alte. Heute lautet das Motto: zuerst Experte, dann rot. Die Partei steht weniger im Vordergrund als früher.

Für Olympia 2008 in Peking und für die Weltausstellung 2010 in Shanghai wird viel abgerissen. Erleben wir Ähnliches wie bei Maos Kulturrevolution?

Nein. Was wir hier heute erleben, ist eine Erneuerung der Infrastruktur. Es betrifft vor allem den Verkehr und die Wohnverhältnisse. Es gibt Gebiete, die heimatgeschützt sind wie in der Schweiz. Es gibt jedoch auch Gebiete, die wir als Ausländer malerisch finden und man abreisst. Zum Beispiel die Hutongs, Teile des alten Stadtviertels von Peking. Hier ist zu bemerken, dass die Menschen in den Hutongs unter prekären Verhältnissen gelebt haben. Sie erhalten in den Satellitenstädten rund um Peking neue Wohnungen. Dort haben sie eine eigene Wohnung, fliessendes und warmes Wasser und eine Toilette. Das muss man alles in Betracht ziehen. Zusammengefasst kann man sagen: Für die ältere Generation ist der Wegzug schwierig, von der jüngeren Generation wird er sehr begrüsst.

Schanghai entwickelte sich in den letzten zehn Jahren rasant. Bringt die Weltausstellung die hektische Stadt zum Kollabieren?

Die Entwicklung wird staatlich gefördert und geht im jetzigen Tempo weiter. Shanghai war lange im Hintergrund, bis der grosse Reformler Deng Xiao Ping vor genau zehn Jahren auf einer Südtour verordnet hat, Shanghai solle wieder zum alten Glanz kommen. Shanghai ist heute auf dem besten Weg dazu. Mit einem Wachstum von 10 bis 14% pro Jahr wird es weiter gehen. Die Stadt verkraftet es. Gute Stadtplaner sind am Werk.

Der Städtebank in China hiess bis vor kurzem Peking - Shanghai. Heute heisst er Shanghai - Hongkong. Wann wird Schanghai die Hauptstadt Chinas?

Es ist ähnlich wie in der Schweiz mit Bern und Zürich. Peking ist die politische und kulturelle Hauptstadt, Schanghai ist das wirtschaftliche Zentrum. China ist ein riesengrosses Land mit einer Ausdehnung von über 5000 Kilometern Nord - Süd und West - Ost. Der Vergleich mit Frankfurt und London in Europa ist nahe. Beide Finanzplätze haben nebeneinander Platz. Schanghai und Hongkong ergänzen sich meines Erachtens.

Hongkong fiel 1997 und Macao 1999 in den Mutter-schoss Chinas zurück. Wie sieht die Zukunft Taiwans aus?

Die Taiwan-Frage ist eine der dornigsten Fragen und die grösste Unsicherheit, wenn wir in die Zukunft Chinas blicken. In China sind selbst Dissidenten der Meinung, Taiwan sei eine «abtrünnige Provinz» und müsse irgendwann mit dem Mutterland

China wiedervereintigt werden. China schlägt «Ein Land, zwei Systeme» vor, wie schon bei Macao und Hongkong. Beide Seiten, China und Taiwan, erkennen, dass eine Auseinandersetzung mit Waffengewalt die Wirtschaft in beiden Ländern zu Fall bringt. So weit lassen es beide nicht kommen.

«Go West»: So heisst eines der grossen Investitionsprogramme der kommunistischen Partei Chinas: Chon-quin, die Stadt am Yangtse Kiang mit 33 Millionen Einwohnern, profitiert sehr davon. Wie erfolgreich ist das Bemühen der Partei, das Landesinnere wirtschaftlich zu fördern?

Bisher blieb es bei einem Teilerfolg. Für die Regierung ist die Go-West-Politik eine Frage des Überlebens. Im Küstengürtel leben heute rund 350 Millionen Menschen und in den inneren Provinzen rund 850 Millionen Menschen. Wenn sich in den kommenden 20 Jahren der Unterschied zwischen dem reichen Küstengürtel und den armen innerchinesischen Provinzen noch erweitert, wird es grosse Spannungen geben. Im Bau sind jetzt neue Öl- und Gasleitungen, Eisenbahnlinsen und Autobahnen. Sie geben dem Inneren Chinas mehr Chan-

cen und binden es mehr an die internationale Wirtschaft an.

Im laufenden Jahr rechnet China mit 50 Milliarden US-\$ ausländischen Investitionen. Welche Instrumente gibt es, um ausländische Investitionen zu fördern?

Hauptanziehungspunkt sind die billigen Arbeitskräfte. Ein Abbau der Bürokratie fördert die Investitionen. Das wissen die chinesischen Mandarine sehr gut, und sie machen alles, um Investitionen anzuziehen. Der grösste Teil der Investoren kommt aus Asien selbst: aus Hongkong, Taiwan, Singapur, Korea und Japan. Es ist aber auch für Schweizer interessant!

Chinas Kultur: Sie ist jahrtausendalt: Kaiserpalast, Mauer, Minggräber, Peking-Oper, Seide und die chinesische Küche, um nur einige zu nennen. Auf welche Elemente dürfen sich die Teilnehmenden besonders freuen?

Auf alles. Im Speziellen auf die chinesische Küche!

Vielen Dank für das Interview und die aktuellen Informationen.

Basel, 20. 12. 2002

China – das Wunder des 21. Jahrhunderts

FDP-Reise vom 23. April bis zum 6. Mai 2003

Die Reise findet definitiv statt. Zurzeit sind noch wenige Plätze frei.

- Kosten: CHF 7460.– inkl. Flüge, Übernachtungen, Essen
- Die Detailunterlagen zur Reise beziehen Sie bei: cotravel ag, Baslerstrasse 364, 4123 Allschwil 3, Tel 061 308 33 00, oder welcome@cotravel.ch

Peter Achten zeigt Ihnen

China – das Wunder des 21. Jahrhunderts

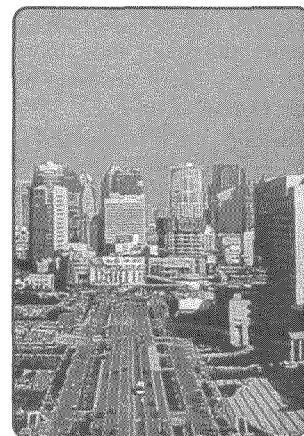
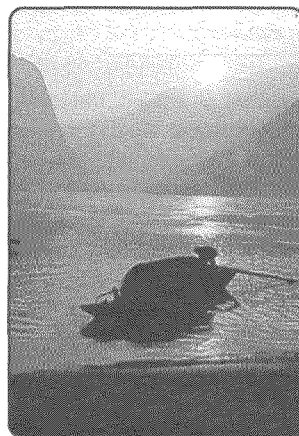
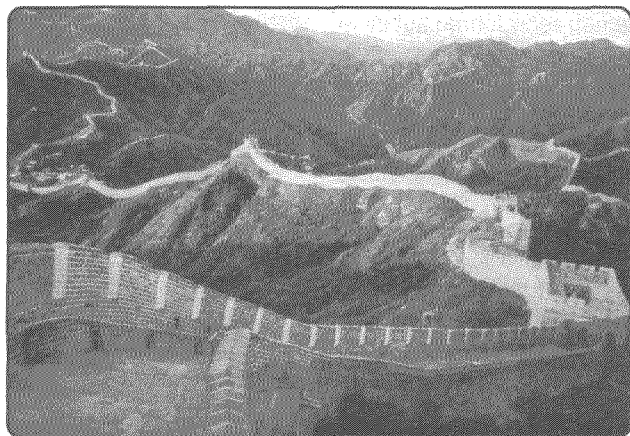
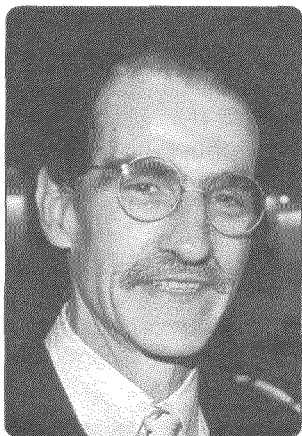
24. April bis 7. Mai 2003

China ist geographisch gesehen weit weg von Europa. Die Mentalität der Einwohner, das politische System und die Regeln, nach denen alles funktioniert – oder auch nicht –, sind uns fremd und unverständlich.

China ist im Vormarsch, und im Land zeichnen sich grosse Veränderungen ab. Mit dem Schweizer Journalisten Peter Achten gehen wir auf unserer Rundreise der Frage nach, welche Kräfteverhältnisse sich im asiatischen Raum künftig einstellen. Peter Achten

lässt mit seinen Hintergrundinformationen und Anekdoten jeden Ferientag zum Erlebnis werden. Aufgrund seiner Empfehlung legen wir einen Teil der Reise in die Periode der staatlich verordneten Ferien, wo die zum Teil chaotischen Verhältnisse des Landes noch besser sicht- und erlebbar werden.

Neben wirtschaftlichen Aspekten der Reise erleben wir auch die grossartige Kultur im Reich der Mitte hautnah. Die Programmelemente sind einzigartig!



Highlights:

- Fahrt durch die Hutongs (alte Stadtteile von Peking) mit Rikschas, Besuch der Grossen Mauer und einer Pekingoper, Essen im Red Capitol Club – wir degustieren die Liebesspeisen von Mao.
- Exkurs in die traditionelle chinesische Medizin und Speziallunch im Pekinger TCM-Spital, Erläuterungen eines praktizierenden Arztes über die Kunst des Heilens.
- Besichtigung der Yangtse-Kiang-Staudamm-Baustelle in Maoping (grösster Staudamm der Welt, Schweizer Firmen sind am Bau mit beteiligt).
- 3-tägige malerische Yangtse-Fahrt auf 5-Sterne-Schiff. Ausflug mit Booten in die 3 kleinen Schluchten.
- Weisheiten der chinesischen Küche, Besichtigung einer lokalen Autofabrik und Treffen mit Geschäftsführern lokaler Firmen (organisiert von Swiss Chamber in Schanghai).
- Shopping und Besichtigungen in Hongkong: Aberdeen (Boatpeople), Victoria Peak und Happy Valley, Essen im Kloster auf Lantau Island (grösster Holzbuddha der Welt).
- Ausflug wahlweise nach Macao, Ex-Portugal, oder nach Shenzhen, einer chinesischen Sonderwirtschaftszone.

FDP

cotravel

osite

REISEGARANTIE

Preis:

CHF 7460.– pro Person (Basis halbes Doppelzimmer/Halbpension) mit Flügen der Swiss in der Economy-Klasse.

Veranstalter:

Veranstalter ist die seit 15 Jahren auf Incentive-Reisen spezialisierte cotravel ag in Allschwil/BL.

Detailunterlagen und Anmeldung:

Weitere Informationen erhalten Sie unter Telefon 061 308 33 00, per Fax unter 061 308 33 10 oder per E-Mail unter welcome@cotravel.ch.